Gesellschaftliche Einstellungen in ländlichen Räumen gegenüber Neuzugewanderten: Befragungsergebnisse und regionale Spezifika

Verbundprojekt „Zukunft für Geflüchtete in ländlichen Regionen Deutschlands“

Hanne Schneider, Miriam Bürer, Birgit Glorius

Thünen Working Paper 174

Das Verbundprojekt „Zukunft für Geflüchtete in ländlichen Regionen Deutschlands“ (Zukunft-Geflüchtete) wird von der Universität Hildesheim, der Technischen Universität Chemnitz, der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg und dem Thünen-Institut für Ländliche Räume durchgeführt. Prof. Dr. Birgit Glorius, Miriam Bürer, Hanne Schneider und Simone Gasch von der TU Chemnitz verantworten das Teilprojekt „Rolle der Zivilgesellschaft und Einstellung der Aufnahmegesellschaft“. Das Thünen-Institut für Ländliche Räume koordiniert das Verbundprojekt. Gefördert wird das Verbundprojekt durch das Bundesprogramm Ländliche Entwicklung aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages (FKZ 2817LE036, Projektlaufzeit 01.01.2018-31.05.2021).

Gefördert durch:

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft

aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

ptble
Projektträger Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung

Hanne Schneider (M.A.), Miriam Bürer (M.A.), Prof. Dr. Birgit Glorius
Technische Universität Chemnitz
Thüringer Weg 9
D-09126 Chemnitz

E-Mail:
birgit.glorius@phil.tu-chemnitz.de
hanne.schneider@phil.tu-chemniz.de

Thünen Working Paper 174

Braunschweig/Germany, April 2021

Zusammenfassung

Ländliche Regionen fungieren seit dem deutlichen Anstieg von Geflüchteten im Jahr 2014 häufiger als Orte des Ankommens und Integration. Die Rolle ländlicher Ankunftsgesellschaften bzw. die Einstellungen der lokalen Residenzbevölkerung für die Integrationspotenziale stehen allerdings selten im Blick der Forschung. Dieses Working Paper thematisiert daher die Einstellungen der Residenzbevölkerung von 40 ländlichen Kommunen in Deutschland. Hierzu wurden 904 Personen in ländlichen Gemeinden in Bayern, Hessen, Niedersachsen und Sachsen zu ihren Einstellungsmustern und Einschätzungen ihres nachbarschaftlichen Zusammenlebens schriftlich befragt. Das Working Paper gibt Einblicke in die Ergebnisse und diskutiert die Rolle von sozialem Miteinander und positiven wie negativen Einflussfaktoren für die Aufnahmebereitschaft der lokalen Bevölkerung. Dabei liegt ein Fokus auf der ländlichen Spezifik sowie regionalen Unterschieden. Die hier vorgestellten Ergebnisse entstanden im Rahmen des Verbundprojekts „Zukunft für Geflüchtete in ländlichen Räumen Deutschlands“ im Teilprojekt „Rolle der Zivilgesellschaft und Einstellungen der Aufnahmegesellschaft“ unter Federführung der TU Chemnitz.

JEL: FF22, J11, O18, R23

Schlüsselwörter: Migration, Geflüchtete, Einstellungsmuster, Residenzbevölkerung, ländliche Regionen

Summary

Since the increasing numbers of refugees in 2014, rural regions have more often served as places of arrival and integration. However, the role of rural arrival communities and the attitudes of the resident population remain rather blind spots in research. Therefore, this working paper focuses on the attitudes of the resident population or 40 rural communities in Germany. It refers to a data set of 904 persons in rural communities in Bavaria, Hesse, Lower Saxony and Saxony on attitudes on immigration and arrival of foreigners in the locality, and an assessments of neighborhood conditions. The working paper provides insights into the results and discusses the role of social capital as well as determinants for the receptivity of the local population. The working paper also points out rural specifics and regional differences. The data set was collected as part of the joint project "Future for Refugees in Rural Areas of Germany" in the sub-project "Role of Civil Society and Attitudes of the Host Society" (Chemnitz University of Technology).

JEL: FF22, J11, O18, R23

Keywords: Migration, refugees, attitudes, host society, rural regions

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung i

Summary i

Abbildungsverzeichnis II

1 Einleitung 1

2 Konzeptionelle Grundlagen und Operationalisierung: Rezeptivität der Aufnahmegesellschaft 3

3 Methodisches Vorgehen 7

4 Ergebnisse der Befragung 12

4.1 Leben in ländlichen Orten 14
Wohnsituation und Mobilität der Befragten 14
Zufriedenheit mit dem Wohnort 16
Zufriedenheit mit der Lebenssituation und Zukunft 19

4.2 Zusammenleben in der Nachbarschaft 26

4.3 Aufnahme von Geflüchteten: Einstellungen gegenüber Neuzugewanderten 35

5 Gesellschaftliche Integration in ländlichen Räumen: Zentrale Erkenntnisfelder 41

5.1 Ländliche Strukturmerkmale und regionale Einstellungsmuster 42

5.2 Beständige Nachbarschaften und hohe Assimilationserwartungen 44

5.3 Kontakterfahrung als relevanter Faktor für Rezeptivität 45

6 Schlussfolgerungen 47

Literaturverzeichnis 49

Anhänge 55

Anhang 1: Konzept der Rezeptivität 55

Anhang 2: Übersicht über die Untersuchungskommunen in der Befragung 56

Anhang 3: Überblick über die Codierung der offenen Antworten 58

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Befragungsindikatoren nach Themenfeldern	4
Abbildung 2:	Untersuchungsregionen im Verbundprojekt	7
Abbildung 3:	Verwendete Begriffe in der Befragung	9
Abbildung 4:	Überblick über Soziodemographie der Befragten (N = 904, in gerundeten %-Angaben)	12
Abbildung 5:	Wohndauer im Ort (N=900, in gerundeten %-Angaben)	15
Abbildung 6:	Alltagsmobilität der Befragten: Vorhandensein eines PKW (N=891) und Nutzung von Verkehrsmitteln (1.772 Nennungen gesamt)	16
Abbildung 7:	Zufriedenheit am Wohnort mit... (N=824-896, ohne „weiß-nicht“, in gerundeten %-Angaben)	17
Abbildung 8:	Wohnstandortzufriedenheit nach Themenfeldern, Mittelwerte nach Landkreis (1 = sehr schlecht – 5= sehr gut, N=824-896)	18
Abbildung 9:	Einschätzungen wirtschaftliche Lage in Deutschland vs. eigene wirtschaftliche Lage sowie Mittelwerte nach Landkreis (1 = sehr schlecht – 5 = sehr gut, N=798)	20
Abbildung 10:	Einschätzung der Befragten zur Verteilungsgerechtigkeit (N=804, ohne weiß-nicht-Angaben)	20
Abbildung 11:	Wichtigste Probleme in Deutschland, häufigste Nennungen (N= 1.530)	22
Abbildung 12:	Wichtigste Probleme in Deutschland, häufigste Nennungen nach Landkreisen	23
Abbildung 13:	Wichtigstes persönliches Problem, häufigste Nennungen (N=1.164 Nennungen)	24
Abbildung 14:	Wichtigstes Persönliches Problem (häufigste Nennungen je Landkreis)	24
Abbildung 15:	Beispielzitate aus den offenen Antworten	25
Abbildung 16:	Aussagen über die eigene Nachbarschaft (N=882-886, in gerundeten %-Angaben, ohne weiß nicht)	27
Abbildung 17:	Kontakte mit Nachbarn (N= 873-894, in gerundeten %-Angaben)	28
Abbildung 18:	Kontakthäufigkeit in der Nachbarschaft nach Landkreisen (Mittelwert, 1 nie - 5 sehr häufig) nach Landkreisen (N=859)	29
Abbildung 19:	Aussagen über Nachbarschaft: Neuzugezogene (N= 809, in gerundeten %-Angaben, ohne weiß-nicht-Angaben)	29
Abbildung 20:	Aussagen über die Nachbarschaft: Einschätzung Diversität (N= 875, in gerundeten %-Angaben, ohne weiß- nicht-Angaben)	30

Abbildung 21: Erwartungen an Neuzugezogene in der eigenen Nachbarschaft (N=904, in gerundeten %-Angaben) 31

Abbildung 22: Einschätzung des eigenen Wohnorts für einzelne Gruppen (N=686-847) 32

Abbildung 23: Kontakterfahrung mit Ausländer*innen („angenehme Kontakterfahrung“) (N=861-880, in gerundeten %-Angaben, ohne weiß nicht-Angaben) 34

Abbildung 24: Aussagen zu Geflüchteten (N=864-883, in gerundeten %-Angaben) 36

Abbildung 25: Zustimmung/Ablehnung gegenüber Geflüchteten (N=769, in gerundeten %-Angaben, ohne weiß-nicht Angaben) 37

Abbildung 26: Gruppenbezogene Aussagen: Ausländer*innen und Etabliertenvorrechte (in gerundeten %-Angaben, N= 828-855) 38

Abbildung 27: Islamfeindlichkeit (N=798, in gerundeten %-Angaben, ohne weiß-nicht-Angaben) 39

Abbildung 28: Bivariate Korrelationen zw. Kontakterfahrung und Aussagen zur Vielfaltstoleranz 46

1 Einleitung

In den vergangenen Jahren erfahren regionalisierte Analysen von Einstellungsmustern in der Bevölkerung besonders große Aufmerksamkeit. Hierbei stehen beispielsweise die regionale Ausprägung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, die Zufriedenheit der Bevölkerung oder die Einstellungen gegenüber Ausländer*innen, insbesondere Geflüchteten, im Vordergrund (u. a. Arant et al. 2017, 2019). Speziell in vielen ländlichen Regionen wurde der jüngste Zuzug von Geflüchteten sehr sichtbar, da in einigen Kommunen zuvor nur wenige Ausländer*innen lebten. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung stieg nach 2015 deutlich an (Rösch et al. 2020: 23). Verschiedene (meist qualitative) Fallstudien geben Hinweise auf sehr unterschiedliche lokale Umgangsweisen mit Neuzugewanderten der vergangenen Jahre – von einer großen Willkommenskultur, Bereitschaft von Ehrenamtlichen aber auch von Reserviertheit und Skepsis bis hin zu Anfeindungen (Aumüller et al. 2015, Beckmann et al. 2018; Glorius 2017; Kurtenbach 2018). Die Besonderheiten von Einstellungs- und Verhaltensmustern der ländlichen Bevölkerung in Bezug auf Neuankommende stellen weiterhin Forschungsdesiderate dar. Dies ist darauf zurückzuführen, dass ländliche Regionen nur selten explizit im Fokus von Befragungen stehen. Somit ist es notwendig, auch ländliche Räume als Ankunftsräume für internationale Migrant*innen stärker in den Blick zu nehmen: Welche Einstellungsmuster herrschen bei der Bevölkerung von ländlichen Ankunftsräumen vor? Und welche Rolle können sozialräumliche Faktoren spielen?

Im Rahmen des Verbundprojektes „Zukunft für Geflüchtete in ländlichen Regionen Deutschlands“[1] untersucht das Teilprojekt „Rolle der Zivilgesellschaft und Einstellungen der Aufnahmegesellschaft“ diese Fragen. Der hier vorliegende Bericht basiert dabei auf einer Bevölkerungsbefragung, dem quantitativen Baustein des Teilprojekts. Ziel ist es, einen möglichst repräsentativen Einblick in das Verständnis von Einstellungsmustern in den Untersuchungskommunen des Verbundprojektes zu liefern. Die Daten der 904 Befragten sind zwar nicht als statistisch repräsentativ für alle ländlichen Regionen Deutschlands zu verstehen, bieten aber durch die räumliche Diversität über acht Landkreise einen vielfältigen Einblick in ländliche Regionen Deutschlands.[2] Neben der Eignung von Infrastruktur und der institutionellen Ausstattung ländlicher Räume liegt dabei ein wichtiger Fokus auf den Einstellungen der ansässigen Bevölkerung gegenüber den Geflüchteten. Besonders in der Kombination mit weiteren Ergebnissen des Verbundprojektes sind diese hilfreich, um ländliche Faktoren von Rezeptivität verstehen zu können. Hierfür wurde – neben den kumulierten Ergebnissen – auch auf regionale Besonderheiten eingegangen, die auch die sozioökonomischen Faktoren beinhalten.

Zunächst wird auf die Grundlagen für die durchgeführte Erhebung und die forschungsleitenden Annahmen eingegangen (s. Kapitel 2). Anschließend wird das methodische Vorgehen erläutert (s.

[1] Die Förderung des Verbundprojektes erfolgte aus Mitteln des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) aufgrund eines Beschlusses des deutschen Bundestages. Die Projektträgerschaft erfolgte über die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) im Rahmen des Bundesprogramms Ländliche Entwicklung.

[2] Siehe Kapitel 3 zur Fallauswahl.

Kapitel 3). Das vierte Kapitel stellt dann die Befragungsergebnisse vor, unterteilt in Soziodemographie, Einschätzungen zu Wohnumfeld und Nachbarschaft, zu Lebenssituation und Zukunftsperspektiven, gefolgt von Einstellungen zu Zuwanderung und Ausländer*innen. Das Schlusskapitel (s. Kapitel 5) fasst die zentralen Erkenntnisfelder zusammen, insbesondere hinsichtlich der sozioökomische und raumstrukturelle Spezifika sowie in Bezug auf regionale Ausprägungen.

2 Konzeptionelle Grundlagen und Operationalisierung: Rezeptivität der Aufnahmegesellschaft

Das Teilprojekt „Die Rolle der Zivilgesellschaft und Einstellungen der Aufnahmegesellschaft“ nimmt die gesellschaftlichen Grundlagen für Integrationsmöglichkeiten von zugezogenen Migrant*innen in ländlichen Gemeinden in den Blick. Als immanenter Teil dieser Sichtweise wird die Rolle der lokalen Bevölkerung gesehen. Ausgehend vom Grundgedanken des Integrationsbegriffs nach Lockwood (1964) sind für die Sozialintegration von Migrant*innen nicht nur individuelle Bestrebungen ausschlaggebend, sondern es spielen ebenso die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen eine entscheidende Rolle. Unter anderem die Forschungen aus dem U.S. amerikanischen Raum zu sogenannten „New Immigration Gateways“ haben aufgezeigt, wie wichtig neben der Bereitstellung von Infrastruktur auch die Bereitschaft der Aufnahmegesellschaft ist, sich auf neu ankommende Migrant*innen einzulassen (Lichter, Johnson 2009; Ray, Morse 2004; Winders 2012).

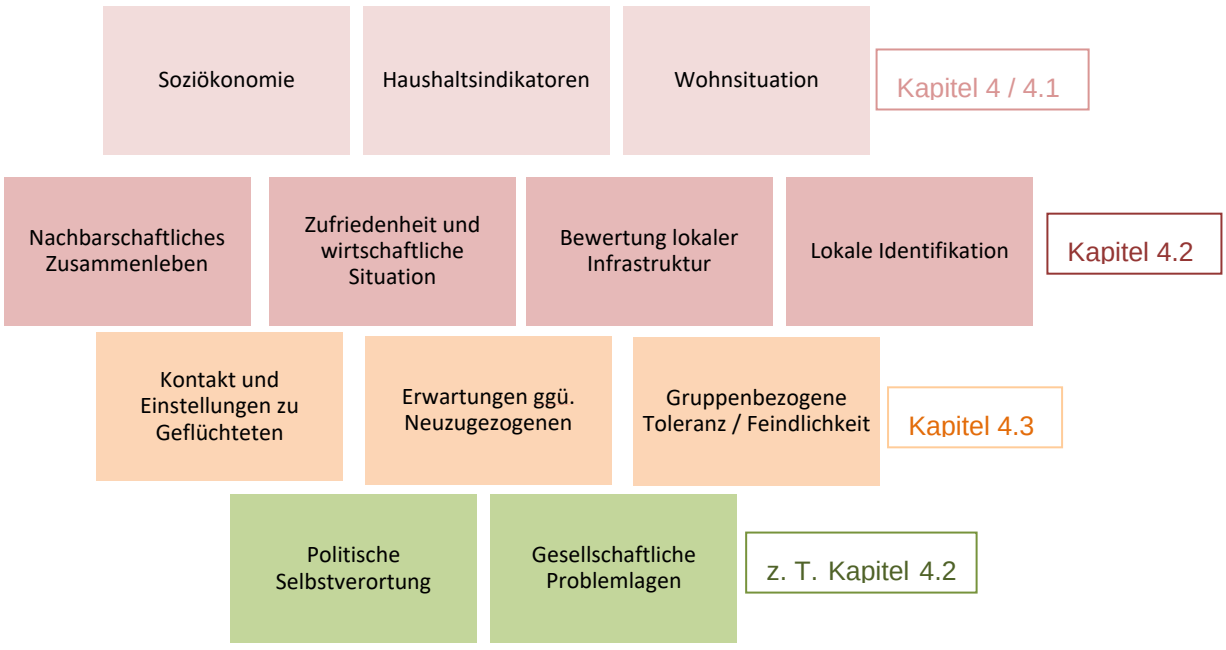
Hinsichtlich der Bewohner*innen ländlicher Räume als „Aufnahme-“ oder „Ankunftsgesellschaften“ stehen daher im Rahmen dieses Forschungsprojekts ebenso individuelle wie kollektive Einstellungen sowie öffentliche Diskurse im Fokus. Als leitender konzeptioneller Terminus sprechen wir an dieser Stelle von der **lokalen Rezeptivität**[3] einer Gesellschaft, also der Aufnahmefähigkeit und -bereitschaft (s. graphische Übersicht in Anhang 1). Diese betrifft die strukturellen Rahmenbedingungen (materielle Strukturen und Ressourcen), die politischen Akteur*innen und Governance aber ebenso gesellschaftliche Voraussetzungen, etwa die soziale Konstitution (z. B. soziale Netzwerke, Vertrauen in die lokale Gesellschaft etc.). Die Grundannahme dabei ist, dass zivilgesellschaftliche Positionen nicht nur durch formalisierte Akteur*innen (etwa NGOs) zum Ausdruck gebracht werden, sondern auch durch Einstellungen und Verhaltensweisen der Residenzbevölkerung vor Ort. Dies kann auf unterschiedlichen Ebenen eine Varianz von starker Offenheit (Toleranz) bis hoher Ablehnung bedeuten. Zwar ist die Einstellungsforschung zur Sichtweise auf Migrant*innen stark ausgeprägt, bietet jedoch wenig Bezugspunkte zur lokalen Lebenssituation der Befragten, da sie meist auf Repräsentativität auf einer größeren räumlichen Skalenebene, wie z. B. der Ebene des Nationalstaats konzipiert ist (z. B. ALLBUS, ESS, Eurobarometer, SOEP). Regionalisierte, kleinteiligere Auswertungen – wie etwa zu einzelnen kleinen Gemeinden oder Landkreisen – sind aufgrund der Stichprobengrößen meist nicht – bzw. nur für Großstädte – möglich. Ebenso sind Unterschiede zwischen eher ländlichen und eher urbanen Regionen aus den genannten Gründen nicht immer herauszuarbeiten. Meist wird dafür eine sehr eindimensionale Einteilung in kleine („ländlich“) und große („städtische“) Kommunen vorgenommen (s. zur Problematik auch Hoffmeyer-Zlotnik 2000). Ländlichkeit wird häufig nur anhand der Größenklassen von Gemeinden definiert, oder im Sinne einer „Negativdefinition“ als alle Regionen, die sich außerhalb von Metropolregionen befinden (u. a. Garcia, Davidson 2003: 88; Fenelly, Federica 2008: 153). Diese Vorgehensweise ist forschungspragmatisch nachvollziehbar, hat jedoch den Nachteil, dass sie den Blick auf die Heterogenität ländlicher Regionen versperrt. Ebenso lassen die Fallzahlen häufig nur wenige

[3] Von einer lokalen Rezeptivität („receptivity“) sprechen auch Harden et al. (2015).

Rückschlüsse über spezifische Regionen oder Landkreise zu; daher können lokale oder regionale Einflussfaktoren nur schwer als Erklärung herangezogen werden. Diesen Problematiken soll mit der vorliegenden Studie entgegnet werden.

In der vorliegenden Befragung wurden verschiedene Themenkomplexe (s. Abb. 1) integriert, um die gewählten Fragestellungen möglichst passgenau für den ländlichen Kontext zu operationalisieren. Hierfür wurden einerseits die Einstellungsmuster der Bevölkerung erhoben, die auch in anderen Befragungen als langjährig genutzte Items zur Erfassung von Einstellungen gegenüber Neuzugewanderten, Ausländer*innen sowie zum Zusammenhang von ökonomischer und sozialer Lage und Einstellungen verwendet werden (ALLBUS, Eurobarometer, SOEP, GMF-Studien, Sachsen-Monitor). Diese wurden teilweise an die die sprachliche Führung des Fragebogens angepasst. Auf diese Weise können die hier ausschließlich für den ländlichen Raum erhobenen Daten an vielen Stellen mit Befunden aus anderen Studien verglichen werden. Zusätzlich wurden dezidiert Items in unsere Befragung integriert, die die Spezifik ländlicher Lebensformen abbilden können, wie etwa Zufriedenheit mit der ländlichen Infrastruktur oder Bedeutung und Qualität sozialer Beziehungen vor Ort.

Abbildung 1: Befragungsindikatoren nach Themenfeldern



Quelle: Eigene Darstellung.

Der **Themenkomplex ‚Leben in ländlichen Orten' (s. Kapitel 4.1.)** widmet sich der Lebens- und Wohnsituation der Befragten. Wir gehen davon aus, dass die allgemeine Lebenszufriedenheit der ländlichen Bevölkerung mit der Infrastruktur und den sozialen Gegebenheiten ihres Wohnortes einen Einfluss auf die Haltung gegenüber Neuankommenden haben kann. Dies kann unter anderem durch die Sozialstruktur der ländlichen Gemeinden gegeben sein, die vielfach durch eine ältere

und geringe Diversität aufweisende Bevölkerung geprägt ist (Spellerberg 2014: 229). Aus diesem Grund wurde für das vorliegende Forschungsprojekt auch eine dezidierte Fallauswahl von sehr ländlich geprägten Gemeinden[4] vorgenommen.

Das Themenfeld **„Zusammenleben in der Nachbarschaft" (s. Kapitel 4.2)** umfasst die soziale Konstitution des ländlichen Zusammenlebens in den Untersuchungskommunen. In der Fortsetzung unserer Überlegungen zur „Ländlichkeit" (s. oben) gehen wir von relativ homogenen und kaum veränderlichen nachbarschaftlichen Beziehungen aus, die Einfluss auf die Erwartungen an Neuzugezogene haben können. Theoretische Fundierung findet dieses Themenfeld in dem Begriff der sozialen Kohäsion sowie in der Sozialkapitaltheorie im Verständnis von Putnam (1993). Die Gruppenkohäsion (social cohesion) beschreibt Faktoren der Zugehörigkeit, Identität und Identifikation, hier mit der lokalen Gesellschaft. Sozialkapital kann hier bei kollektiven Herausforderungen unterstützend wirken, um diesen als Gemeinschaft zu begegnen. Sozialkapital beruht dabei auf gemeinsamen Werten, Vertrauen sowie Netzwerken, die Kooperationen fördern (Putnam 1993: 1-2). Dabei wird häufig unterschieden zwischen sog. ‚bonding capital' in Gruppen, das die innere Kohäsion der Gruppe fördert, und ‚bridging capital', was brückenschlagendes Kapital zu Anderen, bspw. anderen ethnischen Gruppierungen darstellt. Im deutschen Forschungskontext lassen sich empirische Zusammenhänge finden, die beispielsweise eine Korrelation zwischen Vielfaltsakzeptanz und gesellschaftlichem Zusammenhalt zeigen: „Dort, wo der Zusammenhalt hoch ist, ist auch die Akzeptanz von Vielfalt höher und umgekehrt" (Arant et al. 2019: 81). Diese Akzeptanz gegenüber Vielfalt ist ein wichtiger Indikator, wenn es um die Bereitschaft zur Aufnahme von Geflüchteten geht. Die positive Rolle, die Sozialkapital für Gemeinschaften zugeschrieben wird, wird jedoch auch entgegengesetzt diskutiert: Beispielsweise wies Portes auf die negativen Auswirkungen von Sozialkapital hin, wie etwa Exklusion von anderen Gruppen oder auch Einschränkungen der persönlichen Freiheit bei Anpassungsdruck (Portes 1998: 15).

Insbesondere die räumliche Ebene der Nachbarschaft wird für das Sozialkapital als bedeutsam erachtet (Forrest, Kearns 2001). Empirische Studien zu sozialen Netzwerken in ländlichen Räumen lassen eine andere Ausprägung von Sozialkapital und zivilgesellschaftlichen Strukturen vermuten, als dies in urbanen Räumen der Fall ist. Vogt et al. 2015 zeigen auf, dass die nachbarschaftliche Ebene der Sozialkontakte auf Dörfern stark ausgeprägt scheint (Vogt et al. 2015: 38f.) Hinsichtlich der verschiedenen Formen des Sozialkapitals wird das sog. ‚bonding capital', also Netzwerke in der eigenen sozialen Gruppe, als dichter angenommen, als in größeren Städten (Sørensen 2016: 406). Sørensen zeigte hingegen, dass das sog. ‚bridging capital', also die „weak ties" die benötigt werden um Kontakt zwischen anderen Gruppen zu ermöglichen, auf dem Lande geringer ausgeprägt ist. Die Frage ist nun, ob eine angenommene starke soziale Kohäsion in den ländlichen Nachbarschaften der Öffnung gegenüber Neuankommenden eher förderlich oder hinderlich wirkt, und ob

[4] Für die Fallauswahl wurde die Definition von Ländlichkeit des Thünen-Instituts für Ländliche Räume genutzt (Küpper 2016). Sehr ländliche Regionen sind demnach durch eine geringe Siedlungsdichte und Bevölkerungspotenzial, einen hohen Anteil an Ein- und Zweifamilienhäusern, eine schlechtere Erreichbarkeit großer Zentren sowie einen höheren Anteil an land- und fortwirtschaftlichen Flächen geprägt. Der hieraus errechnete Index dient der Klassifizierung in nicht-ländliche sowie eher oder sehr ländliche Regionen (Küpper 2016: 5).

räumlich gebundenes soziales Kapital eher zu Gunsten der Neuankommenden oder aber gegen sie verwendet wird.

Ein weiteres hilfreiches Konzept zur Erfassung des Zusammenhangs von Zufriedenheit und Einstellungen ist die Theorie der relativen Deprivation (abgekürzt meist als RD) (Runciman 1967; Pettigrew et al. 2008). Der Terminus Deprivation (*lat. zu berauben*) bedeutet hierbei eine Benachteiligung von Individuen oder gesellschaftlichen Gruppen. Diese Benachteiligung kann tatsächlich oder auch gefühlt stattfinden. Die subjektive Wahrnehmung von Benachteiligung gegenüber einer Vergleichsgruppe wird als relative Deprivation bezeichnet. Es geht demnach nicht um die absolute Benachteiligung, die ein Individuum erfährt, sondern vielmehr um die subjektiv wahrgenommene Enttäuschung (Farwick 2009: 117). Deprivation kann in verschiedenen Lebensbereichen nachgewiesen werden, z. B. als wirtschaftliche, soziale, oder politische Deprivation. Diese Deprivationsgefühle können Einstellungen auch gegenüber anderen Gruppen beeinflussen und wurden daher in die Befragung einbezogen.

Des Weiteren erfassen die Befragungsindikatoren zu **„Einstellungen gegenüber Neuzugewanderten“ (s. Kapitel 4.3)** die Einstellungen der Lokalbevölkerung, beispielsweise zu einzelnen Zuwanderungsgruppen und Geflüchteten im Besonderen. Für diesen Teil der Befragung ist ein möglicher ländlicher Effekt zu erwarten, der bereits in verschiedenen Sekundäranalysen benannt wurde (Schmid et al. 2020). Demzufolge sind Einwohner*innen ländlicher Kommunen skeptischer gegenüber Zuwanderung, möglicherweise aufgrund geringerer Kontakthäufigkeiten mit Migrant*innen, oder auch aufgrund soziodemographischer Besonderheiten wie etwa einem höheren Altersdurchschnitt der Bevölkerung. Weitere Erklärungsangebote sind in sozialpsychologische Theorieansätzen zu ablehnenden Verhaltensmustern zu finden, wie beispielsweise gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (Heitmeyer 2008) oder die Anomietheorie (Merton 1957). Auch hier wird eine Abhängigkeit von sozioökonomischen Faktoren vermutet, beispielsweise Alter oder eigene wirtschaftliche Situation. Ausführliche Einblicke in die forschungsleitenden Annahmen des Teilprojektes „Rolle der Zivilgesellschaft und Einstellungen der Aufnahmegesellschaft“ findet sich im Dimensionsbericht 4.1, erschienen als Thünen Working Paper 120 (Glorius et al. 2019).

3 Methodisches Vorgehen

Die hier vorgestellten Ergebnisse wurden durch schriftliche Befragungen von Bürger*innen im Rahmen einer Querschnittsstudie erhoben. Als Untersuchungsregion dienten die 32 ländlichen Gemeinden in acht verschiedenen Landkreisen (s. Abb. 2), die im Rahmen des Verbundprojektes „Zukunft für Geflüchtete in ländlichen Regionen Deutschlands“ ausgewählt wurden. Sie sind größtenteils in sehr ländlichen Landkreisen angesiedelt[5] und beinhalten Kommunen verschiedener Größenordnungen bis maximal 20.000 Einwohner*innen. Für die Fallauswahl wurde die Ländlichkeitstypologie des Thünen-Instituts für Ländliche Räume genutzt (Küpper 2016). Neben dem Ländlichkeitsindex wurde auch die sozioökonomische Lage beachtet. Über die 32 Kommunen hinaus wurde für die vorliegende Befragung in jedem Landkreis eine weitere, möglichst ländliche Kommune ausgewählt, in der keine Geflüchteten untergebracht waren, um den Fokus auf ländliche Spezifika in der Stichprobe zu stärken und um eine Vergleichsgruppe in Bezug auf die Kontakthypothese zu haben (Überblick über alle Untersuchungskommunen s. Anhang 2). Somit wurden insgesamt 40 Gemeinden in die Stichprobe für die postalische Bevölkerungsbefragung einbezogen.

Abbildung 2: Untersuchungsregionen im Verbundprojekt



Quelle: Thünen-Institut, 2018.

[5] Ausnahme ist das Bundesland Sachsen, das im Ergebnis mehrerer Gebietsreformen keine „sehr ländlichen“, sondern nur „eher ländliche“ Landkreise aufweist.

Andere Studien, die Aussagen zu ländlichen Bevölkerungen treffen, stellen zumeist Sekundäranalysen aus allgemeinen Bevölkerungsbefragungen dar (u. a. das Sozio-oekonomische Panel). Zumeist werden dabei die Gemeindeklassen als Auswahlkriterium genutzt, um Aussagen über Ländlichkeit abzubilden, die beispielsweise auch suburbane Gemeinden miteinschließen (z. B. Fenelly, Federico 2008). Eine Orientierung am Ländlichkeitsindex nach Küpper 2016 verspricht somit, das Antwortverhalten der Befragten konkreter in Bezug zu ländlichen Siedlungseigenschaften zu setzen.

Diese Bevölkerungsbefragung thematisiert über die Standard-Fragebatterien hinaus auch explizit Fragekomplexe zu Herausforderungen des Lebens in ländlichen Regionen (z. B. Mobilität und Infrastruktur). Als weiterer Vorteil ist auch zu nennen, dass die Kommunen im Verbundprojekt „Zukunft für Geflüchtete in ländlichen Regionen“ multi-perspektivisch untersucht werden und somit die Ergebnisse dieser Bevölkerungsbefragung auch mit qualitativen Ergebnissen kontrastiert werden können. Dies ist jedoch nicht Teil dieses Working Papers.

Konzeption der Befragung

Auf der Grundlage der konzeptionellen Überlegungen (s. Kapitel 2) sowie der Aufbereitung des Forschungsstands (Glorius et al. 2019) wurde der Fragebogen aus unseren forschungsleitenden Hypothesen entwickelt, der die vielfältigen Aspekte von Rezeptivität einer Gesellschaft abbildet. Ziel war es, einen Fragebogen zu konstruieren, der die Entstehung zugewandter und ablehnender Haltungen der Aufnahmegesellschaft operationalisierbar macht. Zugleich sollte Vergleichbarkeit mit den Aussagen der großen Panelbefragungen ermöglicht und die Spezifik ländlicher Gemeinden und Nachbarschaften abgebildet werden. Dies war mit einer schriftlichen Bürger*innenbefragung am besten realisierbar. Hierfür wurden zunächst viele etablierte Bevölkerungsstudien (z. B. Sozio-oekonomisches Panel SOEP, die allgemeine Bevölkerungsbefragung ALLBUS oder das Eurobarometer) auf geeignete Frageskalen und Items untersucht. Ebenso wurden neuere Ansätze der diversitätsbezogenen Befragungen (z. B. Radar für gesellschaftlichen Zusammenhalt) auf mögliche Fragenkomplexe in Bezug auf gesellschaftliches Zusammenleben geprüft, um eine ausgewogene Fragenkomposition zu erreichen. Damit sollte eine Validierung der eigenen Befragungsergebnisse und eine vergleichende Betrachtung des „Ländlichkeitseffekts“ ermöglicht werden. Außerdem wurden viele dieser Item-Skalen im Rahmen ihrer langjährigen Verwendung ausgiebig getestet (Porst, Jers 2007) und können somit valider sein als neuformulierte Fragestellungen. In einigen Fällen wurde die Formulierung leicht an den Stil des Fragebogens angepasst. Insbesondere zum Themenfeld Nachbarschaft wurden eigene Fragestellungen hinzugefügt oder vorhandene Fragestellungen stärker abgewandelt, da diese nicht auf die ländliche Befragungsumgebung passten (z. B. „Nachbarschaft“ statt „Wohnviertel“). Auch wurden einige Schwerpunkte bei der Erfassung sozioökonomischer Faktoren gelegt, beispielsweise die Verfügbarkeit eines PKWs für die jeweilige Person. Dies kann sich auf Einschätzungen der Infrastruktur besonders in sehr ländlichen Kontexten auswirken. Der Fragebogen wurde in mehreren Untersuchungsregionen einem Pre-Test unterzogen.

Abbildung 3: Verwendete Begriffe in der Befragung

„Ausländer*innen“, „Geflüchtete“ oder „Migrant*innen“?

Die Verwendung von kategorisierenden Begriffen wie „Ausländer*in“ oder „Flüchtling“ in Befragungen ist sowohl forschungsethisch als auch forschungspragmatisch sorgfältig abzuwägen. Die Entwicklungsgeschichte von Befragungsskalen in Bevölkerungsbefragungen zeigt, dass die Begriffe einem Wandel unterliegen (Blank, Schwarzer 1994; Porst, Jers 2007). Gleichzeitig sollten möglichst eindeutige Begrifflichkeiten verwendet werden, um sicherzustellen, dass möglichst alle Befragten das Gleiche unter den verwendeten Begrifflichkeiten verstehen (Diekmann 2007: 481). Dennoch kann nicht verhindert werden, dass bei den hier zur Debatte stehenden Begrifflichkeiten unterschiedliche Assoziationen hervorgerufen werden. Die verwendeten Begrifflichkeiten können für das Antwortverhalten eine Rolle spielen, insbesondere da die alternativen Bezeichnungen von verschiedenen Befragten bzw. in verschiedenen Regionen unterschiedlich interpretiert werden können (Asbrock et al. 2014). Daher wurden die Pre-Tests auch in mehreren Regionen mit Personen unterschiedlicher Altersgruppen durchgeführt und die Formulierungen entsprechend angepasst.

Im Fragenkomplex „Zusammenleben in Deutschland“ entschied sich das Projektteam im direkten Vergleich mehrerer Formulierungen anderer Befragungen für die Nutzung des Begriffs **„Ausländer**“. Auch wenn dieser aus Forschungsperspektive unspezifisch ist, so können die meisten Befragten diesen verstehen und einordnen. Überdies nutzen bundesweite Bevölkerungsbefragungen (u. a. SOEP, ALLBUS) ebenfalls Items mit dieser Formulierung, so dass die vergleichende Betrachtung ermöglicht wird. Aus einer migrationswissenschaftlichen Perspektive kommen jedoch durchaus andere Begriffe in Betracht (z. B. Migrant*in als Oberbegriff). Auf den Begriff **„Migrant“** wurde im Fragebogen jedoch verzichtet, um einen weiteren Begriff im Themenkomplex zu vermeiden und Verwirrungen in Bezug auf die Bedeutungsunterschiede zu verhindern.

Für die Fragenkomplexe, die explizit die Zuwanderung von Personen mit Asylbezug in den Fokus stellen, wurde das Wort **„Geflüchtete“** verwendet. Der Begriff „Geflüchtete“ umfasst diese Personengruppen unabhängig vom Status (z. B. Asylantragssteller, Flüchtlinge mit Aufenthaltsstatus sowie Schutzberechtigte aufgrund humanitärer Aufnahmeanordnungen).

Des Weiteren wurden die Begriffe ausschließlich im generischen Maskulinum verwendet, um die Lesbarkeit der Texte insbesondere für eine ältere Zielgruppe in der Befragung zu gewährleisten.

Untersuchungsregionen und Datenerhebung

In allen 40 Untersuchungsgemeinden wurde eine einfache Zufallsstichprobe[6] von 100 Adressen aus dem Einwohnermeldeverzeichnis abgefragt. Auf diese Weise wurde eine Stichprobe von 4.000 mit Hauptwohnsitz gemeldeten volljährigen Personen generiert, an die die Befragungsunterlagen auf postalischem Wege versandt wurden. Die Adressübermittlung der Stichproben aus den Einwohnermeldeämtern erfolgte datenschutzkonform auf verschlüsselten Servern. Die Adressen wurden nach Versand der Befragungsunterlagen vernichtet.

[6] Aufgrund der Vielzahl der zu befragenden Kommunen wurde diese Einwohner*innenstichprobe als einfache Zufallsstichprobe gezogen, um Varianzen im Umgang mit einer geschichteten Abfrage im Vergleich der vierzig Meldeämter zu vermeiden.

Auch wenn die postalische Befragung mit Daten der Einwohnermeldeämter einige Nachteile erwarten lässt (z. B. hoher Beschaffungsaufwand, Digitalisierungsbedarf), bietet sie trotz allem die „bestmögliche Auswahlgrundlage für Stichproben der allgemeinen Bevölkerung“ (Schnell 2012: 195). Des Weiteren ist in ländlichen Regionen von einem höheren Anteil älterer Menschen in der Grundgesamtheit der Bevölkerung auszugehen, die mit postalischen Befragungen besser erreicht werden als mit anderen Befragungsmethoden wie etwa einem Online-Survey. Der erhöhte Aufwand der Nutzung von Meldedaten für die schriftliche Befragung zeigte den gewünschten Erfolg einer hohen Adressdatenqualität: 3.949 Briefe konnten postalisch erfolgreich zugestellt werden, lediglich 51 Adressen (1,2 %) waren ungültig (z. B. verzogen). Damit war das gewählte Verfahren anderen Methoden der Stichprobengenerierung (Postwurfsendungen, kommerzielle Adressdienstleister etc.) überlegen.

Bei postalischen Befragungen kann grundsätzlich von einem hohen Ausmaß an Nicht-Antworter*innen („Nonresponse“) ausgegangen werden, da die Antwortrate „im Allgemeinen gering“ (Diekmann 2007: 515) ausfällt. Möglichkeiten zur Erhöhung der Ausschöpfung bestehen vor allem durch die inhaltliche und formale Gestaltung des Fragebogens. Hierbei wurden Hinweise der sog. Total Design Methode von Dillman et al. (2014) und hierauf aufbauende Checklisten von Schnell (2012: 260ff.) in Bezug auf die Länge, Layout und das Erinnerungsschreiben berücksichtigt, um eine höhere Ausschöpfungsrate zu erreichen. Ebenso wurde eine umfangreiche, aber mit leicht verständlichen Bildern ergänzte Erläuterung zum Datenschutz beigefügt. Um einen möglichst hohen Rücklauf zu erzielen, wurde die Gesamtlänge des Fragebogens auf acht Seiten (vier Blatt) begrenzt. Zusätzlich wurde eine Onlinemaske entwickelt, um auch eine digitale Antwortmöglichkeit anzubieten. Die angeschriebenen Personen hatten somit die Möglichkeit, den Fragebogen entweder schriftlich auszufüllen oder sich über einen mitgeschickten Zufallscode in das Befragungsportal SoSciSurvey einzuloggen und dort die Befragung online durchzuführen. Ebenso wurde die Möglichkeit eines Erinnerungs- bzw. Dankschreibens in Form einer Postkarte genutzt.

In vielen Kommunen wurde zudem vorab öffentlich auf unsere Befragung hingewiesen, meist im Amts- oder Gemeindeblatt. Es erfolgte eine personenbezogene persönliche Anschrift in den Briefen und ebenso die Angabe eines Rückfragekontakts. Insgesamt sind im Befragungszeitraum 908 (davon 904 verwertbar ausgefüllte) Antworten eingetroffen, die Mehrheit davon postalisch (789). Der Rücklauf von knapp 23 % (908 von 3.949 gültigen Adressen) ist im Hinblick auf die erfolgten und in diesem Forschungssetting möglichen Maßnahmen durchaus zufriedenstellend – insbesondere da ein ausgeglichener Rücklauf im Hinblick auf Regionen, Kommunengrößen und Geschlecht sichtbar ist.

Die Daten wurden im Befragungszeitraum von März bis April 2019 erhoben. Anschließend wurden die Daten der postalischen Eingänge von Mai bis Juli 2019 händisch im Vieraugenverfahren digitalisiert, auch um Besonderheiten wie z. B. schriftliche Kommentare zu vermerken. Die diesem Bericht zugrundeliegende Auswertung wurde mit dem Statistikprogramm SPPS vorgenommen.

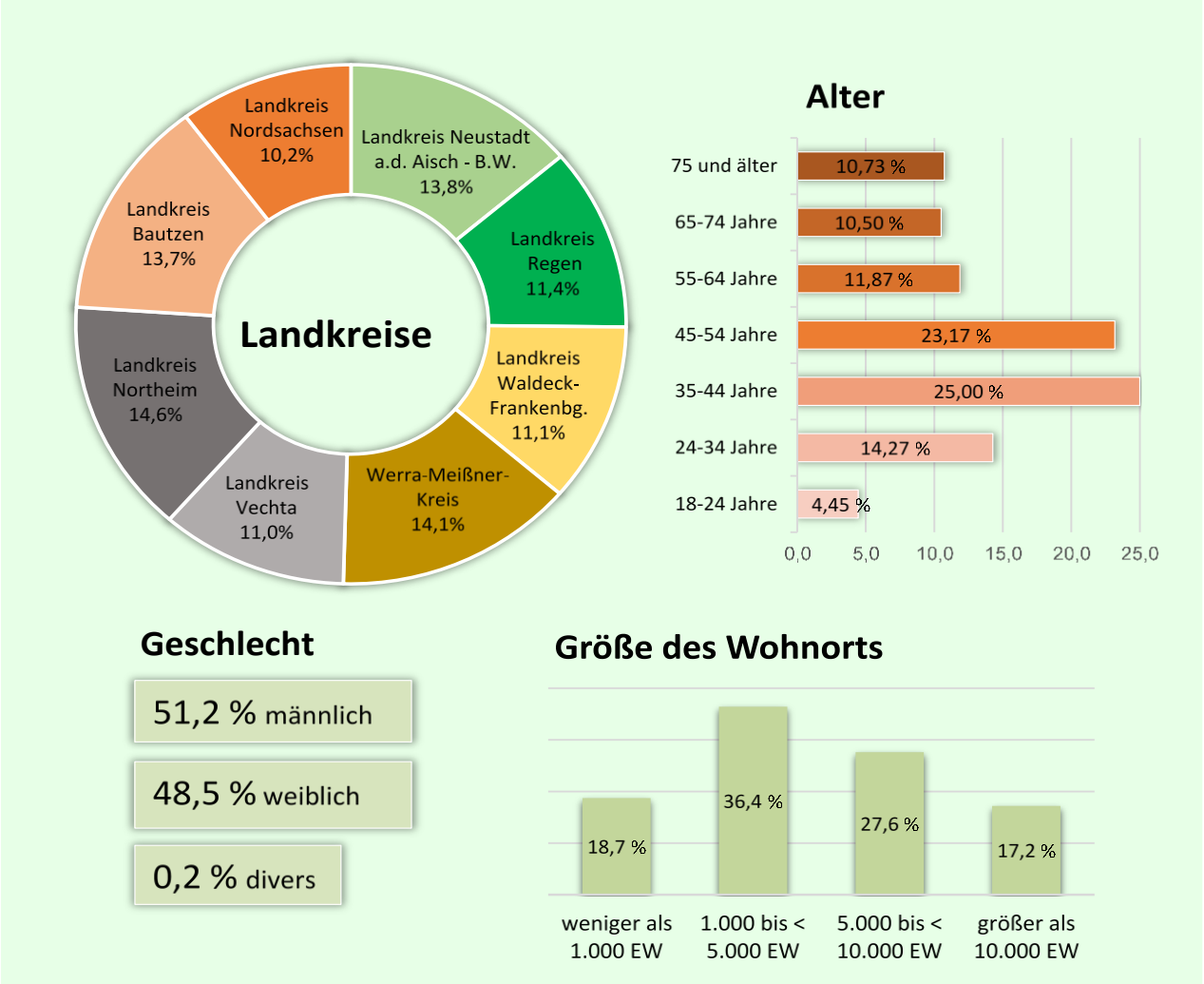
Zusammenfassung: Methodik der Befragung

- Stichprobe von 4.000 Personen in 40 ländlichen Kommunen (je fünf Gemeinden in acht Landkreisen) unterschiedlicher Gemeindegrößen
- Befragungszeitraum März/April 2019
- Grundgesamtheit: volljährige Bevölkerung der Untersuchungskommunen
- einfache Zufallsauswahl von 100 Personenadressen je Gemeinde
- schriftliche (Paper-Pencil) Befragung, Option auf Antwort im Online-Formular
- 904 ausgefüllte Fragebögen/verwertbare Rückläufe (23 % Response)

4 Ergebnisse der Befragung

Zunächst soll ein kurzer Überblick über die Verteilung der Stichprobe innerhalb der Bevölkerung gegeben werden, um einschätzen zu können, inwieweit die Befragungsergebnisse möglichst annähernd die Grundgesamtheit in ländlichen Regionen Deutschlands widerspiegeln. Der bereinigte Rücklauf beträgt rund 23 %. Die regionale Verteilung der Befragten ist relativ homogen über die vier Bundesländer aber auch die acht untersuchten Landkreise verteilt (s. Abb. 4). Insgesamt sind damit alle vier Bundesländer zufriedenstellend in dem Befragungssample vertreten (Sachsen 23,9 %; Bayern 25,2 %; Hessen 25,2 %; Niedersachsen 25,6 %).

Abbildung 4: Überblick über Soziodemographie der Befragten (N = 904, in gerundeten %-Angaben)



Quelle: Eigene Darstellung; Daten aus eigener Bevölkerungsbefragung 2019.

Zur Wahrung der Anonymität wurde keine Frage nach dem konkreten Gemeindenamen des Wohnortes der Befragten gestellt, Auskunft kann jedoch über die **Größenklassen der Gemeinden**

gegeben werden. Diese wurde durch eine Selbsteinschätzung der Befragten zur Größe ihres Wohnortes abgefragt, mit dem Hinweis, dass die Gemeinde im administrativen Sinne gemeint sei. Etwaige Ungenauigkeiten durch Fehleinschätzungen der Befragten wurden an dieser Stelle in Kauf genommen, da andere Methoden, etwa die Nennung des Gemeindenamens, möglicherweise Zweifel an der Anonymität der Befragung aufgeworfen hätte, was zu einem Befragungsabbruch führen könnte. Insgesamt zeigt sich ein besonderer Schwerpunkt auf den Landgemeinden bis 5.000 Einwohner*innen mit insgesamt 55,1 % der Befragten. Dies liegt an der Auswahl der Kommunen (s. Kapitel 3), in welcher ein Schwerpunkt auf kleinere und sehr ländliche Kommunen gesetzt wurde. Interessanterweise schätzten etwa 19 % der Befragten ihren Wohnort kleiner als 1.000 Einwohner*innen ein, obwohl alle Untersuchungsgemeinden mindestens 1.500 Einwohner*innen aufweisen. Dies ist dadurch zu erklären, dass viele Landgemeinden aus mehreren Ortsteilen bestehen, und diese offensichtlich für die Befragten die Referenzgröße darstellen.

Der Median des **Alters** beträgt 46,0 Jahre (SD = 17,12 Jahre), der Altersdurchschnitt 49,06 Jahre. Das Alter der Befragten variiert leicht zwischen den Bundesländern. Am höchsten ist das Median-Alter der Befragten in Niedersachsen mit 49,5 Jahren, am niedrigsten in Sachsen mit 43,0 Jahren. Mit 21,2 % sind Personen der Altersklasse über 65 Jahre sowie der jüngsten Gruppe bis 24 Jahre mit 4,45 % leicht unterrepräsentiert, und der erwerbsaktiven Bevölkerung von 25 bis 65 Jahren leicht überrepräsentiert (72,31 %), im Vergleich zu bundesweiten Bevölkerungsfortschreibungen.[7]

Bezugnehmend auf die **Geschlechterverteilung** im Befragungssample lässt sich ein nahezu ausgeglichenes Bild feststellen: 51,2 % der Antwortenden sind männlich, 48,5 % sind weiblich und 0,2 % wählten die Antwortmöglichkeit „divers“. In der Altersgruppe von 24-34 Jahren (45,6 % weiblich) und 34-44 Jahren (45,0 % weiblich) sind die Abweichungen zu den Antworten der männlichen Befragten am größten. Diese Tendenz zeigt sich jedoch auch in der Bevölkerungsstruktur in ländlichen Regionen (Kühntopf, Stedtfeld 2013: 4ff.). Bei der Stichprobenziehung der Befragungsadressen in den Einwohnermeldeämtern wurde die Grundgesamtheit der Lokalbevölkerung als Ziehungsgrundlage verwendet, unabhängig von der Staatsbürgerschaft. Beim Blick auf die Staatsbürgerschaft der teilnehmenden Personen zeigt sich, dass die überwiegende Mehrheit (95,7 %) der Befragten angibt, ausschließlich die deutsche Staatsangehörigkeit zu besitzen, 1,2 % der Befragten haben die deutsche Staatsangehörigkeit sowie eine weitere und nur 2,2 % gaben an, eine andere Staatsangehörigkeit zu besitzen. Dies spiegelt auch den relativ geringen Anteil der Ausländer*innen in den befragten Kreisen (s. Daten des Landatlas 2020[8]) wider, wenngleich diese im Sample immer noch leicht unterrepräsentiert bleiben, möglicherweise aufgrund von Sprachhindernissen, da die Befragung ausschließlich auf Deutsch durchgeführt wurde.

Bezüglich des **Bildungsstandes** der Befragten lässt sich eine ausgewogene Zusammensetzung der Stichprobe erkennen: 39,4 % der Befragten gaben an, die Mittlere Reife (u. ä.) als höchsten

[7] Annäherungen an die Grundgesamtheit der Altersgruppen der Bevölkerung lassen sich bspw. durch die fortgeschriebenen Bevölkerungsbefragungen des Zensus 2011 ermöglichen (u. a. GENESIS Datenbank destatis 2020).

[8] Portal Landatlas erreichbar unter https://www.landatlas.de/.de.

Schulabschluss zu besitzen, gefolgt von 35,5 % mit Hochschulabschluss; 22,3 % haben einen Hauptschulabschluss (u. ä.). Auch die **beruflichen Abschlüsse** weisen eine vergleichsweise homogene Verteilung auf: Leicht überrepräsentiert im Sample sind Akademiker*innen (Hochschul- und Fachhochschulabschluss) mit insgesamt 24,3 % im Vergleich zur Gesamtbevölkerung (destatis 2020: 33,5 %). Eine Lehre/Berufsausbildung o.ä. geben 44,3 % der Befragten an (destatis 2020: 46,6 %), einen Fachschulabschluss 17,6 % (gegenüber 8,4 % in der Gesamtbevölkerung lt. destatis 2020). Leichte Abweichungen nach unten zeigen sich in der Gruppe der Personen ohne Berufsabschluss (4,7 %), wie jedoch im Rahmen von Umfrageforschung zu erwarten ist.[9] In Bezug auf die **Erwerbstätigkeit der Befragten** geben diese zur Hälfte an, in ihrer Haupteinkommensquelle eine Teil- oder Vollzeitbeschäftigung auszuüben, 35,7 % beziehen eine Rente u. ä., 9,2 % entfallen auf verschiedene Formen der Beschäftigung, wie Ausbildung/Studium, Minijobs, Elternzeit oder Selbständige. 4,6 % geben an, nicht erwerbstätig zu sein. Dies kann zum einen Arbeitslosigkeit mit Bezug von SGB II oder III bedeuten, aber möglicherweise auch häusliche Tätigkeiten oder die Pflege von Angehörigen.

4.1 Leben in ländlichen Orten

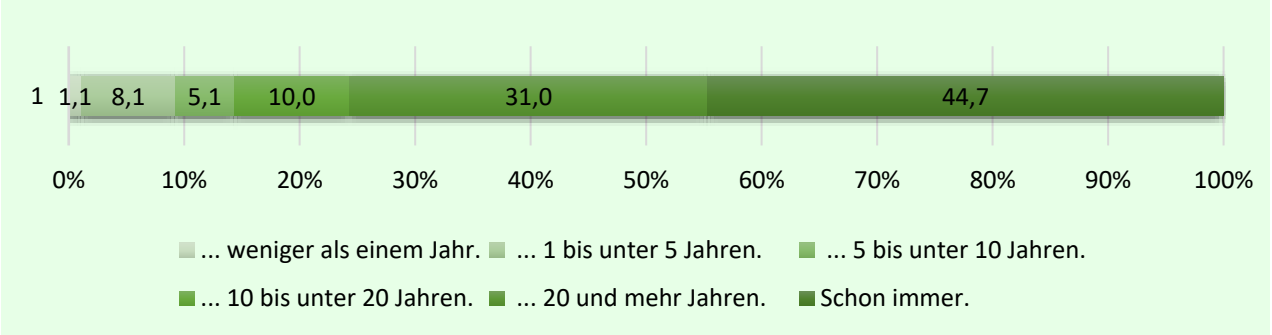
Im Themenfeld ‚Leben in ländlichen Orten' wurden verschiedene Themenkomplexe abgefragt, die Aufschluss über die Konstitution der Gesellschaft und die Lebensbedingungen der Befragten geben. Dies beeinflusst auch die Erwartungen, die an Neuzugezogene in Nachbarschaften gerichtet werden. Die Ergebnisse bestärken die Annahme, dass viele ländliche Kommunen eine statische Bevölkerungszusammensetzung aufweisen (Spellerberg 2014). Ebenso spielen in peripheren und kleineren Kommunen stets Herausforderungen der Infrastruktur und Mobilität eine Rolle für das Leben vor Ort, was auch besondere Umstände für die Integration von Geflüchteten bedeutet, wie Rösch et al. zeigen (2020: 66).

Wohnsituation und Mobilität der Befragten

Die meisten Befragten leben bereits sehr lange an ihrem Wohnort: Insgesamt wohnen mehr als drei Viertel der Antwortenden (75,7 %) seit mehr als 20 Jahren an ihrem Wohnort; 44,7 % der Befragten lebt sogar schon immer im jeweiligen Wohnort (s. Abb. 5). Nur etwa jede*r siebte Befragte lebt seit weniger als zehn Jahren am derzeitigen Wohnort. Eine Befragung des BBSR zeigte ähnliche Tendenzen der Wohnkontinuitäten, die insbesondere in Landgemeinden sehr hoch ist (Sturm, Walter 2010: 4f).

[9] Zum sog. *Bildungsbias* konstatiert Schnell: „Postalische Befragungen leiden häufig unter einem beträchtlichen Bildungsbias, da gebildete Personen eher motiviert und befähigt sind, schriftliche Befragungen zu beantworten. Genau diese Personen sind aber in der Regel schwerer erreichbar als weniger gebildete Personen." (Schnell 2019: 255)

Abbildung 5: Wohndauer im Ort (N=900, in gerundeten %-Angaben)



Quelle: Eigene Darstellung; Daten aus eigener Bevölkerungsbefragung 2019.

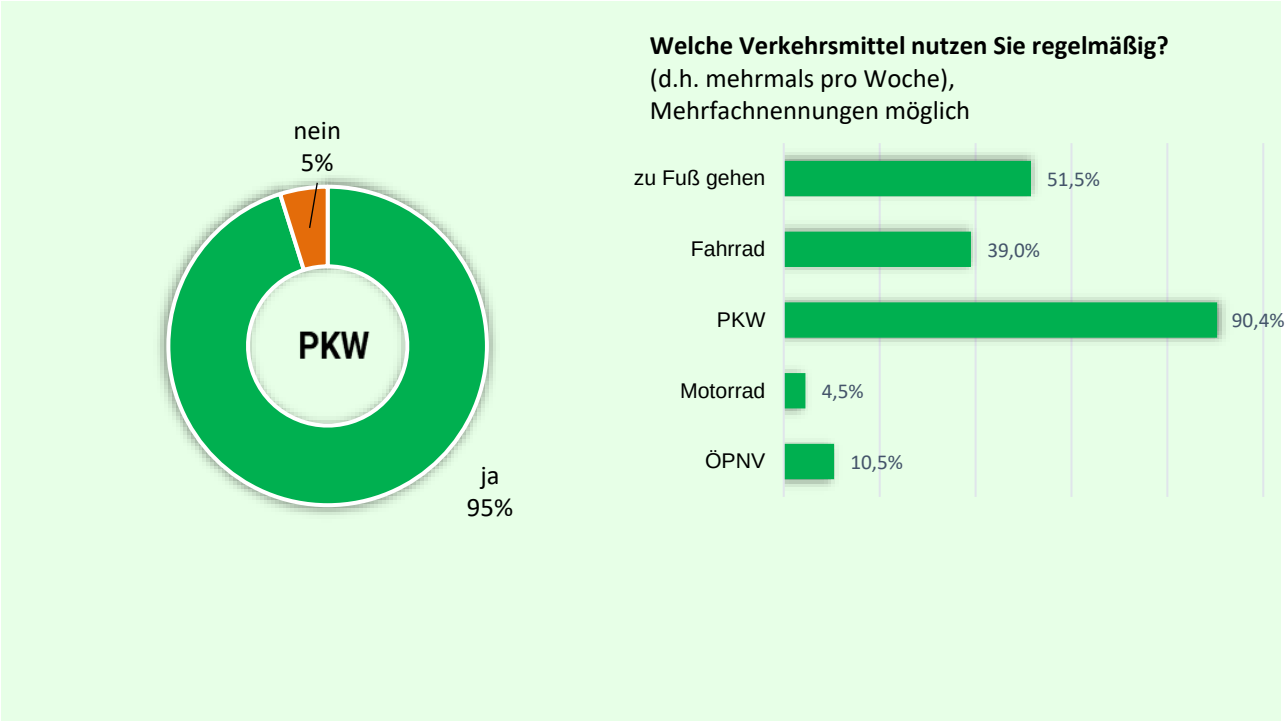
Bezogen auf die Wohnsituation geben insgesamt 76,4 % der Befragten an, in einem eigenen Haus bzw. dem Haus der Familie zu wohnen. Lediglich 14 % geben an, einer Mietwohnung zu leben und 3 % der Befragten wohnen in einem gemieteten Haus. Der Anteil der Ein- und Zweifamilienhäuser stellt im Rahmen der Thünen-Typisierung für ländliche Räume (Küpper 2016: 6) einen Faktor für die Ausprägung der Ländlichkeit dar und spiegelt sich somit auch im Befragungssample wider. Der niedrigste, wenngleich weiterhin hohe Wert, findet sich hier in Sachsen mit 71,2 %, in Niedersachsen wohnen hingegen 82,1 % der Befragten im eigenen Haus. Die Abweichungen zwischen den Bundesländern zeigen die unterschiedlichen Eigentumsquoten in Ost- und Westdeutschland, aber auch die regionalen Unterschiede im Anteil der Ein- und Zweifamilienhäuser.

Eine Zusammenschau von Wohndauer und Wohnform zeigt, dass besonders die langjährig im jetzigen Wohnort Lebenden ein eigenes Haus besitzen (85,9 % der schon immer im Wohnort Lebenden). Es wird aber auch deutlich, dass auch etwa die Hälfte der Neuzugezogenen der vergangenen Jahre (<5 Jahre) in einer eigenen Immobilie lebt. Insgesamt liegen diese Werte in unseren ländlichen Befragungskreisen somit deutlich über dem gesamtdeutschen Eigentumsdurschnitt des Mikrozensus, der bei 46 % der bewohnten Wohnungen/Häuser liegt (destatis 2019: 163).

Als weiteres Spezifikum für ländliche Wohnformen wurden Fragen der Mobilität gestellt. Die Verfügbarkeit eines PKW je Haushalt ist bei den Befragten der untersuchten ländlichen Kommunen erwartungsgemäß sehr hoch: 95 % der Antwortenden geben an, dass ihnen mindestens ein Fahrzeug im Haushalt zur Verfügung steht (s. Abb. 6). Hier weicht der Prozentsatz in den Gemeinden unter 10.000 Einwohner*innen leicht nach oben ab: 95 % der Befragten in Gemeinden unter 5.000 Einwohner*innen geben an, einen PKW zu haben; in der Gruppe zwischen 5.000 und 10.000 Einwohner*innen sind es 96,3 % gegenüber 92,1 % in Gemeinden über 10.000 Einwohner*innen. Nach Angaben der Befragten nutzt die überwiegende Mehrheit die verfügbaren PKW auch für mehrmalige Mobilität in der Woche (s. Abb. 6): Der PKW ist das mit großem Abstand am häufigsten genutzte Verkehrsmittel bei den Befragten aus den ländlichen Kommunen (90,4 %). Besonders auffällig ist hier der sehr geringe Prozentsatz der Befragten, die mit dem öffentlichen Personennahverkehr unterwegs sind: nur jede*r Zehnte gibt an, diesen regelmäßig zu nutzen. Am häufigsten nutzen die Befragten der Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohner*innen Bus und Bahn: 17,0 %

ggü. 9,2 % unter 5.000 Einwohner*innen bzw. 8,6 % in den Gemeindegrößen zwischen 5.000 und 10.000 Einwohner*innen. Etwa die Hälfte der Befragten ist überdies regelmäßig zu Fuß unterwegs (51,5 %), 39 % nutzen das Fahrrad mehrmals in der Woche.

Abbildung 6: Alltagsmobilität der Befragten: Vorhandensein eines PKW (N=891) und Nutzung von Verkehrsmitteln (1.772 Nennungen gesamt)

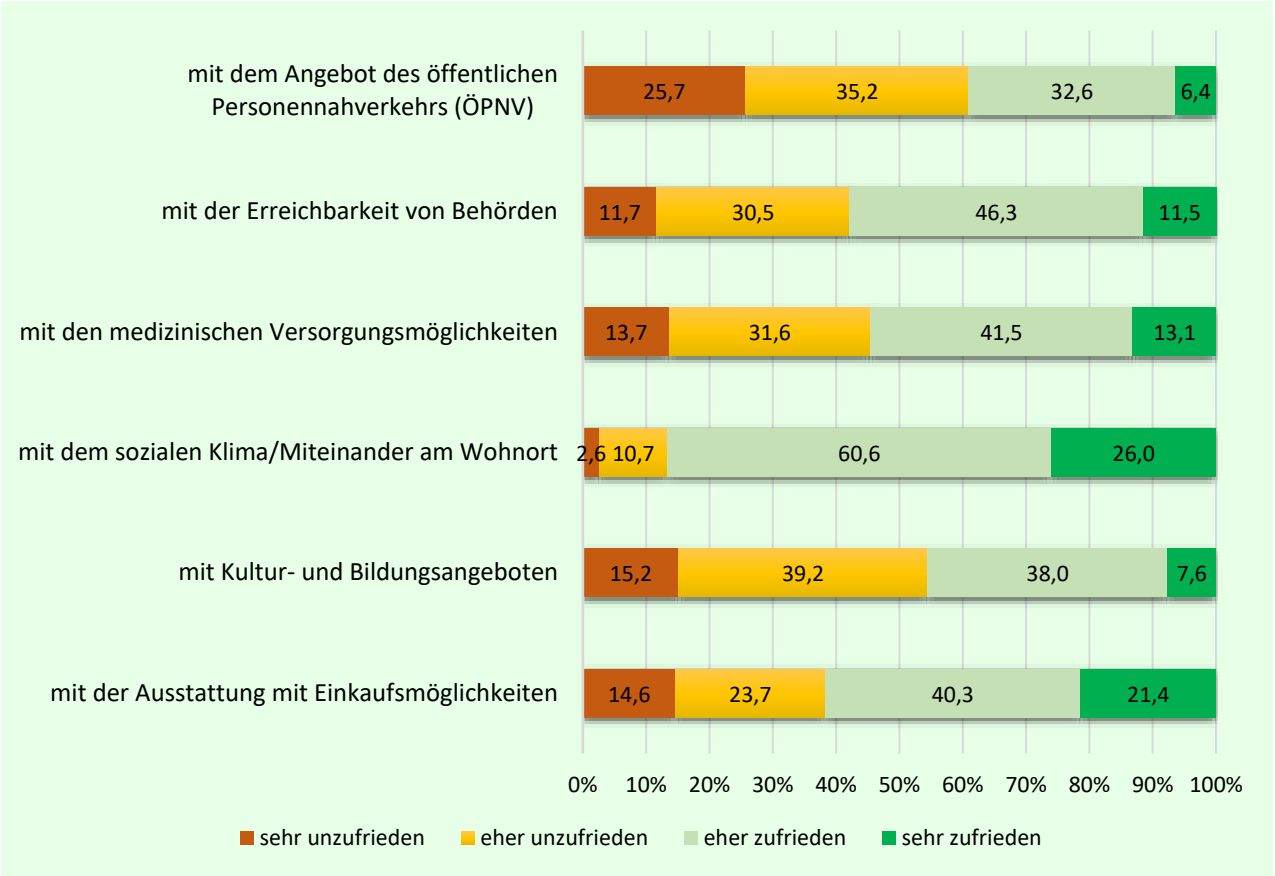


Quelle: Eigene Darstellung; Daten aus eigener Bevölkerungsbefragung 2019.

Zufriedenheit mit dem Wohnort

In Bezug auf die Wohnortzufriedenheit wird ein sehr differenziertes Bild je nach Themenfeld deutlich (s. Abb. 7): Insbesondere der öffentliche Personennahverkehr wird negativ bewertet: Mehr als 60 % der Befragten sind eher oder sehr unzufrieden mit dem Angebot. Gleichzeitig gab eine recht hohe Anzahl an Befragten (8,1 %) an, die dies nicht einschätzen zu können („weiß-nicht“-Angaben). Dies deckt sich mit den Erkenntnissen der Angaben zum Mobilitätsverhalten: Personen die selten oder nie den ÖPNV nutzen, können das Angebot vermutlich weniger gut ein-schätzen. Auch in den offenen Fragen des Survey wird Mobilität stark problematisiert: Es wird nicht nur Kritik an der Erreichbarkeit von Infrastruktureinrichtungen mit dem ÖPNV geübt, sondern vielfach auch die Abhängigkeit vom PKW sowie lange Wegezeiten moniert, die den Alltag stark belasten. Weniger gut werden überdies die Kultur- und Bildungsangebote (54,4 % eher/sehr unzufrieden) bewertet. Gleichzeitig überwiegen leicht die zufriedenen Antwortenden bezüglich der Erreichbarkeit von Behörden (57,8 %) sowie mit der medizinischen Versorgung (54,6 %). Ebenso ist die Mehrheit der Befragten mit der Ausstattung von Einkaufsmärkten eher oder sehr zufrieden (61,7 %)

Abbildung 7: Zufriedenheit am Wohnort mit... (N=824-896, ohne „weiß-nicht“, in gerundeten %-Angaben)



Quelle: Eigene Darstellung; Daten aus eigener Bevölkerungsbefragung 2019.

Besonders positiv sticht die Zufriedenheit mit dem sozialen Klima/Miteinander am Wohnort hervor: 86,6 % der Befragten sind eher oder sehr zufrieden.

In Bezug auf die Größe der Wohnorte besteht ein leichter Effekt von ansteigender Wohnortgröße und positiver Einschätzung des ÖPNV (r_s[10] = .129, p < .01). Den größten Effekt der Wohnortgröße auf die positive Einschätzung zeigt jedoch die Ausstattung mit Einkaufsmöglichkeiten, die mit zunehmender Größe ansteigt (r_s = .272, p < .01). Insgesamt bewegen sich alle Wohnstandortindikatoren außer ‚Soziales Klima‘ unter dem mittleren Wert der Skala (3). In den befragten Regionen werden somit das Angebot des ÖPNV, die Kultur- und Bildungsangebote, die medizinische Versorgung, die Erreichbarkeit von Behörden und die Einkaufsmöglichkeiten tendenziell eher schlechter als besser bewertet.

[10] Rangkorrelationskoeffizient nach Spearman.

Für eine regional differenzierte Analyse wurden überdies Mittelwerte der Zufriedenheitsangaben zusammengestellt (s. Abb. 8). Sie machen deutlich, dass die Tendenz der Bewertung in den meisten Landkreisen ähnlich ist, jedoch regionale Unterschiede bestehen. So fällt beispielsweise auf, dass die Einschätzung des ÖPNV in den Landkreisen Northeim und Neustadt/Aisch-Bad Windsheim deutlich weniger gut ausfällt als in den anderen Landkreisen. Hingegen fallen die beiden sächsischen Landkreise mit einer positiven Bewertung auf. Die Analysen von Osigus et al.[11] zeigen jedoch, dass die rechnerischen ÖPNV Erreichbarkeiten zwischen den Landkreisen relativ nahe beieinanderliegen (Osigus et al. 2019: 155).

Abbildung 8: Wohnstandortzufriedenheit nach Themenfeldern, Mittelwerte nach Landkreis (1 = sehr schlecht – 5= sehr gut, N=824-896)

	Angebot ÖPNV	Kultur- und Bildungsangebote	Medizinische Versorgung	Erreichbarkeit Behörden	Einkaufsmöglichkeiten	Soziales Klima/Miteinander am Wohnort
Gesamt	2,2	2,38	2,55	2,58	2,68	3,11
BY: Neustadt/ Aisch Bad Windsheim	2,03	2,66	2,57	2,64	2,88	3,2
BY: Regen	2,26	2,62	2,68	2,68	2,63	3,02
HE: Waldeck-Frankenberg	2,16	2,32	2,57	2,6	2,67	3,12
HE: Werra-Meißner-Kreis	2,13	2,29	2,42	2,57	2,73	3,19
NI: Vechta	2,3	2,63	2,74	2,89	3,02	3,36
NI: Northeim	1,96	2,32	2,49	2,44	2,44	3,05
SN: Bautzen	2,48	2,24	2,6	2,57	2,83	2,93
SN: Nordsachsen	2,34	1,98	2,32	2,3	2,23	2,99

Quelle: Eigene Bevölkerungsbefragung 2019; Abbildung erstellt mit datawrapper.

Die Angebote in Kultur und Bildung werden besonders im sächsischen Landkreis Nordsachsen als weniger gut eingeschätzt. Sowohl die medizinische Versorgung als auch Erreichbarkeit von Behörden werden insgesamt als mittelmäßig angesehen. Die Wahrnehmung der Versorgung mit Einkaufsmöglichkeiten hingegen fällt leicht besser aus, insbesondere im Landkreis Vechta. Wie zuvor bereits erwähnt, schneidet insbesondere die Bewertung des sozialen Klimas am Wohnort eher gut ab, insbesondere in den Landkreisen Vechta und Neustadt/Aisch-Bad Windsheim. Beide Landkreise fallen insgesamt mit einer positiveren Bilanz der Befragten bzgl. der Wohnstandortzufriedenheit auf. Gleichzeitig sind innerhalb der einzelnen Indikatoren kaum statistisch signifikante Abweichungen je Landkreis vorzufinden.

[11] Durchgeführt in den hier untersuchten Projektlandkreisen als Teil des Verbundprojektes „Zukunft für Geflüchtete in ländlichen Regionen Deutschlands“.

Zufriedenheit mit der Lebenssituation und Zukunft

Für die Einschätzungen der Zufriedenheit mit der Lebenssituation der Befragten wurde außerdem auf das Konzept der relativen Deprivation Bezug genommen. Dabei wurden Einschätzungen zur Lage in Deutschland, den wichtigsten derzeitigen Problemen sowie eine Einschätzung der persönlichen Lebensumstände und Zukunftserwartungen abgefragt. Die Untersuchung relativer Deprivation ist bedeutsam, da aus dieser persönlichen Wahrnehmung verschiedene destruktive Handlungsorientierungen und deviante Verhaltensweisen resultieren können. Zu nennen wären beispielsweise destruktive gesellschaftspolitische Einstellungen, Protestwahlverhalten, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit oder auch aggressive Verhaltensmuster. Studien zur relativen Deprivation wiesen zum Beispiel einen Zusammenhang zwischen Tendenzen zu rechtsextremen Einstellungen und wirtschaftlicher oder politischer Deprivation nach (Yendell et al. 2016: 145).

Um Aussagen über die Zufriedenheit in wirtschaftlicher Hinsicht treffen zu können, wurde um eine Einschätzung der persönlichen und der allgemeinen wirtschaftlichen Lage gebeten (s. Abb. 9). Diese wird im Gesamten betrachtet eher im positiven Bereich verortet – sowohl die wirtschaftliche Lage in Deutschland (Mittelwert 3,68 auf einer Skala von 1 bis 5) als auch die eigene wirtschaftliche Lage (3,70). Der Vergleich beider Einschätzungen bietet auch Hinweise darauf, ob die Befragten große Disparitäten der eigenen wirtschaftlichen Situation im Vergleich mit der allgemeinen Lage wahrnehmen, was auf allgemeine oder auch relative Deprivation hinweisen kann. Es zeigen sich in allen Landkreisen kaum Abweichungen von der Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage zu der in Deutschland. Insgesamt erreichen die Werte in den Landkreisen Bautzen und Nordsachsen leicht unterdurchschnittliche Werte, im Landkreis Vechta hingegen sind die Einschätzungen leicht überdurchschnittlich positiv. Die Abweichungen sind mit max. 0,2 Punkten gering. Interessant sind hier jedoch die Abweichungen in der wahrgenommen Verteilungsgerechtigkeit, auf die unter dem Stichwort der relativen Deprivation in Kapitel 5.1. eingegangen wird.

Abbildung 9: Einschätzungen wirtschaftliche Lage in Deutschland vs. eigene wirtschaftliche Lage sowie Mittelwerte nach Landkreis (1 = sehr schlecht – 5 = sehr gut, N=798)



Quelle: Eigene Bevölkerungsbefragung 2019; Abbildung erstellt mit datawrapper.

Abbildung 10: Einschätzung der Befragten zur Verteilungsgerechtigkeit (N=804, ohne weiß-nicht-Angaben)



Quelle: Eigene Darstellung Daten aus eigener Bevölkerungsbefragung 2019

Wie Abbildung 10 zeigt, findet eine knappe Mehrheit aller Befragten, dass es in Deutschland und auch für sie persönlich gerecht zugeht, und 6 % finden sogar, sie würden mehr erhalten, als ihnen zustünde. Demgegenüber fühlen sich 32 % etwas und 11 % sehr viel schlechter gestellt, als es ihnen nach eigenem Ermessen zustehen würde. Besonders auffällig sind hier regionale Abweichungen (s. auch Kapitel 5.1), die teilweise mehr als 20 Prozentpunkte betragen: Im Landkreis Vechta (höchster

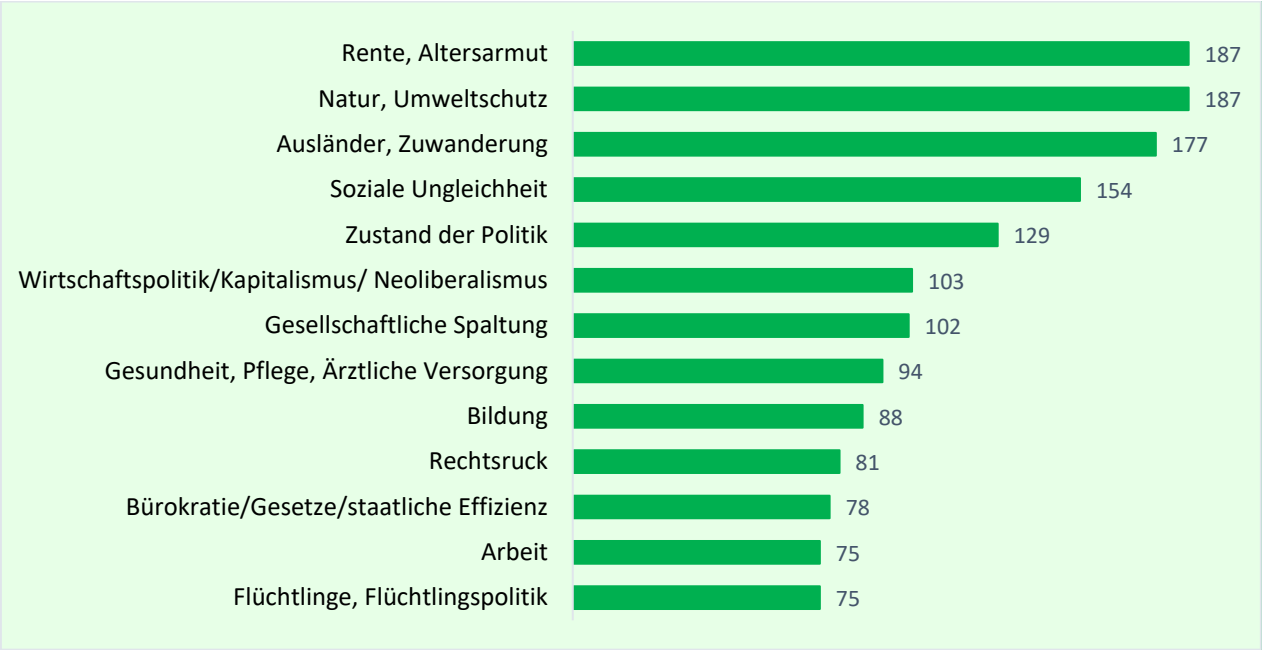
Wert) geben 62,5 % an, dass sie ihren „gerechten Anteil“ erhalten, in den Landkreisen Bautzen und Nordsachsen sind dies 37,8 bzw. 37,7 % der Befragten (niedrigste Werte).

Ein weiterer Indikator für die Zufriedenheit bzw. Trendthemen, die bei der Lokalbevölkerung eine Rolle spielen, liefert ein offener Antwortbereich. In diesem Fragenkomplex konnten die Befragten, die ihrer Meinung nach drei wichtigsten Probleme benennen – allgemein für Deutschland und für sich persönlich. Die Fragestellung orientierte sich dabei an allgemeinen Bevölkerungsbefragungen wie beispielsweise dem Eurobarometer. Die offenen Antwortergebnisse wurden im Anschluss kodiert und Themenfeldern zugeordnet. Einen Überblick über die kodierten Themenfelder bietet die Tabelle in Anhang 3. Die kumulierten Daten (s. Abb. 11) aller genannten Probleme für Deutschland zeigen, dass die Thematik um Rente und Altersarmut eine große Rolle bei den Befragten spielt, ebenso wie Natur- und Umweltschutz. Erst danach folgt mit 177 Nennungen der Themenkomplex Ausländer*innen und Zuwanderung.

Diese Rubrik beinhaltet migrationskritische Aussagen wie etwa, dass es ein Zuviel an Zuwanderung gäbe, dass diese nicht gut geregelt sei oder dass Integration ein Hauptproblem darstelle. Hierunter wurden jedoch auch Aussagen gebündelt, die auf (aus Sicht der Befragten) negative Folgen von Zuwanderung eingehen, wie etwa „Überfremdung“, „Islamisierung“ oder die Existenz „krimineller Familienclans“. Nimmt man die mit dieser Kategorie verwandte Rubrik „Flüchtlinge/Flüchtlingspolitik“ dazu, so sind Nennungen, die Zuwanderung problematisieren, mit 16,5 % mit Abstand die häufigste jeweils erste Nennung. Die Rubrik „Flüchtlinge/Flüchtlingspolitik“ beinhaltet konkrete Bezüge zur Fluchtmigration bzw. der Asylpolitik. Zuwanderung ist demnach ein wichtiges, aber nicht das einzige wichtige Thema. Konkret auf Geflüchtete bezogen sind dennoch nur ein kleinerer Teil der Antworten.[12] Die Sorge um Rassismus und einen Rechtsruck der Gesellschaft im Gegenzug bildet auch ein häufig, aber deutlich weniger genanntes Thema, als die Sorge um Zuwanderung. Neben den Themen Rente, Umwelt und Ausländer*innen benannten viele Befragte jedoch auch Aspekte der Daseinsvorsorge (z. B. Gesundheitsversorgung, Bildung) sowie politische Themen (z. B. Kritik am Zustand der Politik oder spezifischen Politikbereichen wie etwa der Wirtschaftspolitik) als bedeutsame Problemfelder.

[12] Hier muss auch reflektiert werden, dass das Erhebungssetting mit dem Fragebogen eine besondere Nähe zu diesem Themenfeld herstellt. Die Befragten könnten demnach häufiger das Themenfeld Migration nennen, als in themenunspezifischen Bevölkerungsbefragungen. Bei der Fragebogenkonstruktion wurde jedoch bewusst diese offene Frage im vorderen Teil des Fragebogens genannt, um möglichst wenige Verfälschungen durch Suggestion zu erzeugen.

Abbildung 11: Wichtigste Probleme in Deutschland, häufigste Nennungen (N= 1.530)



Quelle: Eigene Darstellung; Daten aus eigener Bevölkerungsbefragung 2019.

In der regionalisierten Betrachtung der häufigsten Antworten zeigen sich Ähnlichkeiten, aber auch unterschiedliche Gewichtungen zwischen den untersuchten Landkreisen (s. Abb. 12). In beinahe allen Landkreisen wurden die Themen „Rente, Altersarmut“, „Natur, Umweltschutz“ sowie „Soziale Ungleichheit“ oder alternativ „Ausländer*innen/Zuwanderung“ als die drei wichtigsten Themen benannt, wenn auch in unterschiedlicher Reihung. Eine Ausnahme stellen die beiden sächsischen Landkreise dar, in denen sich neben „Rente, Altersarmut“ sowie „Soziale Ungleichheit“ das Thema „Zustand der Politik“ unter den drei häufigsten Nennungen findet. Das Themenfeld Natur/Umweltschutz wurde in den Landkreisen Northeim (37) und Vechta (27) am häufigsten erwähnt. Die Problematik „Rente/Altersarmut“ ist in allen Landkreisen vertreten (Mittelwert 23), allerdings nicht ganz so häufig in den sächsischen Landkreisen. Das Thema „Ausländer*innen/Zuwanderung“ wurde besonders häufig im Landkreis Regen (29), sowie in den beiden sächsischen Landkreisen (je 27) genannt. Die geringsten Nennungen hatten die Landkreise Northeim und Neustadt/Aisch B.W (je 17).

Die starke Präsenz von Umweltthemen bei den offenen Problembenennungen könnte durch die starke mediale Repräsentation von „Fridays for Future“ im Zeitraum der Befragung sowie laufende Debatten um die Energiewende hervorgerufen worden sein. Tatsächlich zeigt diese Rubrik eine Vielzahl von sehr unterschiedlichen und auch regional differenzierten Problembenennungen, wie etwa Sorge um das Erreichen der Klimaschutzziele, Umweltverschmutzung, Ressourcenverbrauch, Artensterben, Flächenfraß, Schäden durch die konventionelle Landwirtschaft oder auch die Ausbreitung des Wolfs.

Abbildung 12: Wichtigste Probleme in Deutschland, häufigste Nennungen nach Landkreisen

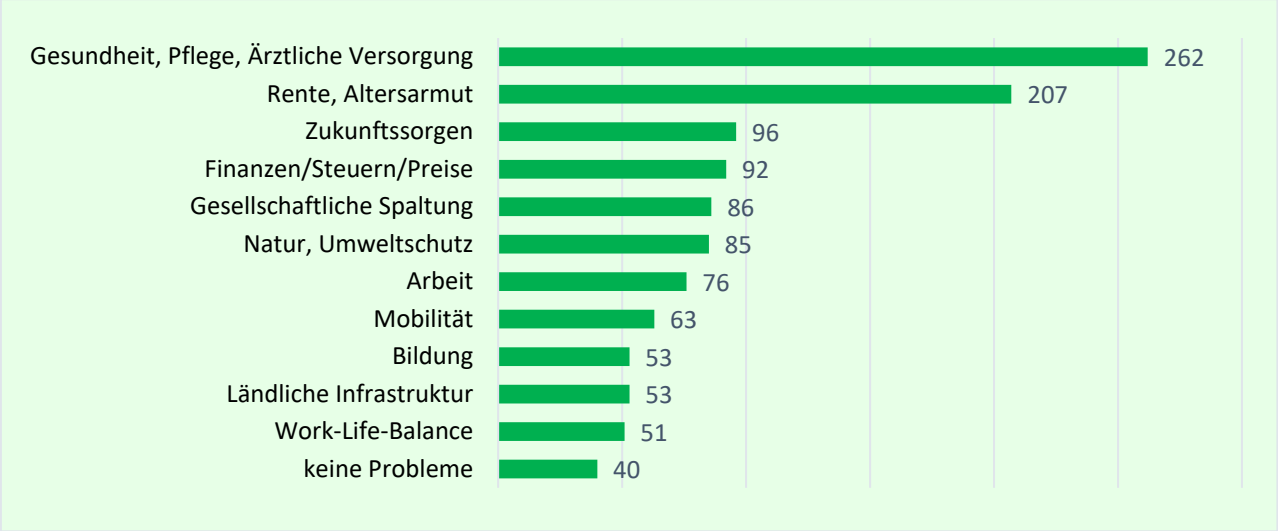
	Häufigste Nennung	Zweithäufigste Nennung	Dritthäufigste Nennung
Bayern: Landkreis Neustadt/ Aisch Bad Windsheim	Natur, Umweltschutz	Soziale Ungleichheit	Rente, Altersarmut
Bayern: Landkreis Regen	Ausländer*innen, Zuwanderung	Rente, Altersarmut	Natur, Umweltschutz
Hessen: Landkreis Waldeck-Frankenberg	Rente, Altersarmut	Natur, Umweltschutz	Ausländer*innen, Zuwanderung
Hessen: Werra-Meißner-Kreis	Rente, Altersarmut	Natur, Umweltschutz	Soziale Ungleichheit
Niedersachsen: Landkreis Vechta	Natur, Umweltschutz	Rente, Altersarmut	Ausländer*innen, Zuwanderung
Niedersachsen: Landkreis Northeim	Natur, Umweltschutz	Rente, Altersarmut	Soziale Ungleichheit
Sachsen: Landkreis Bautzen	Ausländer*innen, Zuwanderung	Soziale Ungleichheit	Zustand der Politik
Sachsen: Landkreis Nordsachsen	Ausländer*innen, Zuwanderung	Zustand der Politik	Soziale Ungleichheit

Quelle: Eigene Darstellung; Daten aus eigener Bevölkerungsbefragung 2019.

Gefragt wurde zudem nach den wichtigsten persönlichen Problemen (s. Abb. 13). Hier wird deutlich, welche Problemlagen die Befragten betreffen, nicht nur die abstrakteren Problemlagen in Deutschland. Die Antworten konnten teils nicht so eindeutig kategorisiert werden wie bei den Problemen in Deutschland. Häufig überlagern sich hier Beschreibungen, beispielsweise die Problematik des Alterns im ländlichen Raum, welche sich in Sorgen um die Höhe der Rente, der Gesundheitsversorgung und die Aufrechterhaltung der ÖPNV-Anbindung äußert (s. Beispiele in Abb. 15). Weitere Überschneidungen finden sich auch im Bereich der Mobilität und Work-Life-Balance, wenn sich Befragte über die Abhängigkeit zum PKW und lange Pendelstrecken beklagen. Eine hohe Anzahl der Probleme bezieht sich auf den Bereich Gesundheitsversorgung, gefolgt von der Kategorie Rente/Altersarmut sowie Zukunftssorgen.

Interessant ist zudem, dass bei den persönlichen Problemen die regionalen Unterschiede weniger stark ausgeprägt sind, als bei den Einschätzungen zur Problemlage in Deutschland (s. Abb. 14). Dies deutet auf eine gleichartige persönliche Betroffenheit bzw. entsprechende Problemwahrnehmung der Befragten hinsichtlich ihrer Lebensumstände hin, während die Einschätzungen zu Problemlagen in Deutschland möglicherweise stärker von wahrgenommenen Diskursen und politischen Einstellungen geprägt sind. Dies lässt sich insbesondere in Hinblick auf die Problematisierung des Themas „Zuwanderung“ ableiten. Leichte Unterschiede in der Artikulation persönlicher Problemlagen lassen sich bei den Themen „Finanzen/Steuern/Preise“ (häufiger in Bayern/Hessen), „Natur/Umweltschutz“ (häufiger in Bayern/Niedersachsen) sowie „Zukunftssorgen“ (häufiger in Sachsen) vorfinden.

Abbildung 13: Wichtigstes persönliches Problem, häufigste Nennungen (N=1.164 Nennungen)



Quelle: Eigene Darstellung; Daten aus eigener Bevölkerungsbefragung 2019.

Abbildung 14: Wichtigstes Persönliches Problem (häufigste Nennungen je Landkreis)

	Häufigste Nennung	Zweithäufigste Nennung	Dritthäufigste Nennung
Bayern: Landkreis Neustadt/ Aisch Bad Windsheim	Gesundheit, Pflege, Ärztliche Versorgung	Rente, Altersarmut	Natur, Umweltschutz
Bayern: Landkreis Regen	Gesundheit, Pflege, Ärztliche Versorgung	Rente, Altersarmut	Finanzen/Steuern/Preise
Hessen: Landkreis Waldeck-Frankenberg	Gesundheit, Pflege, Ärztliche Versorgung	Rente, Altersarmut	Finanzen/Steuern/Preise
Hessen: Werra-Meißner-Kreis	Gesundheit, Pflege, Ärztliche Versorgung	Rente, Altersarmut	Finanzen/Steuern/Preise
Niedersachsen: Landkreis Vechta	Gesundheit, Pflege, Ärztliche Versorgung	Rente, Altersarmut	Natur, Umweltschutz
Niedersachsen: Landkreis Northeim	Rente, Altersarmut	Gesundheit, Pflege, Ärztliche Versorgung	Natur, Umweltschutz
Sachsen: Landkreis Bautzen	Gesundheit, Pflege, Ärztliche Versorgung	Rente, Altersarmut	Zukunftssorgen
Sachsen: Landkreis Nordsachsen	Gesundheit, Pflege, Ärztliche Versorgung	Rente, Altersarmut	Zukunftssorgen

Quelle: Eigene Darstellung; Daten aus eigener Bevölkerungsbefragung 2019.

Was sagen die Gewichtungen und Schwerpunkte über die befragte Bevölkerung in ländlichen Regionen aus? In den kumulierten Ergebnissen aller drei angegebenen Probleme werden ähnliche

Schwerpunktthemen genannt, wie in den europaweiten Daten des Eurobarometers[13]– jedoch mit leicht anderen Gewichtungen im Antwortverhalten: Im Eurobarometer werden als nationale Probleme in Deutschland zuallererst der Klimaschutz genannt (36 %), dann das Thema Wohnen (30 %) sowie die Migration (24%). Als persönliche Probleme dominieren die Preissteigerung beim Wohnen (25 %), die soziale und gesundheitliche Versorgung (19 %) sowie die Umwelt/das Klima (21 %). Insbesondere die Wohnraumfrage scheint demnach in den befragten ländlichen Regionen kaum eine Rolle zu spielen. Große Sorgen macht den Befragten hingegen das Thema Gesundheitsversorgung (22,5 % der Nennung persönlicher Probleme), was explizit in vielen Antworten in einem Zusammenhang mit dem Altwerden auf dem Lande gebracht wurde (s. Abb. 15). Auch wenn diese Befragung nicht repräsentativ für alle ländlichen Regionen Deutschlands sein kann, bietet sie im Vergleich erste Hinweise, dass in ländlichen Regionen das Themenfeld Wohnen tatsächlich weniger problematisiert wird.

Abbildung 15: Beispielzitate aus den offenen Antworten

Probleme in Deutschland:

- „Altersarmut; Krankenversorgung; Landflucht“
- „Gute Integration von Menschen jeglicher Herkunft; Rechtspopulismus; soziale Gerechtigkeit“
- „Pflege im Alter; Rente; Asylrecht, v.a. Abschiebung von Straftätern“
- „Armut; Ungerechtigkeit; Umwelt/Klimawandel“

Persönliche Probleme:

- „Arbeitsplatz; Gesundheit; Altersvorsorge“
- „Alt werden; alleine sein; nicht mehr beweglich sein“
- „Gesundheit; eingeschränkte Mobilität; geringe Rente“
- „Arbeitsplatz zu weit weg; langsames Internet; Arbeit nimmt 90% meines täglichen Lebens in Anspruch“
- „Beruf und Familie vereinbaren; Finanzierung innerhalb der Elternzeit; schlechtes/langsames Internet auf dem Land“
- „Ärzt*innenmangel; öffentlicher Nahverkehr schlecht; Fahrten zur Arbeit zu weit“
- „das Altwerden auf dem Dorf ohne ÖPNV und Einkaufsmöglichkeiten; der Wegzug der jungen Leute (Vereinsamung)“

[13] Vgl. Eurobarometer 91.5, abrufbar unter https://data.europa.eu/euodp/de/data/datset/S2253_91_5_STD91_ENG.

Zusammenfassung: Leben in ländlichen Orten

- Die Befragung erfasst die Einstellungen von 904 Personen über alle acht Untersuchungslandkreise hinweg. Der Schwerpunkt der Befragung liegt auf „sehr ländlichen" Kommunen. Die Rückläufe waren dabei aus allen acht Landkreisen ähnlich hoch; auch die Verteilung in Bezug auf die soziodemographischen Merkmale ist zufriedenstellend.
- Insgesamt lässt sich eine **hohe Wohnzufriedenheit konstatieren – trotz schlechterer Bewertung der infrastrukturellen Bedingungen**. Mobilität findet überwiegend mit dem PKW statt.
- Ländliche Spezifika gibt es besonders deutlich bei den persönlichen Problemlagen: in allen Untersuchungsregionen dominiert d**ie Themen Gesundheit/Pflege/Ärztliche Versorgung** und **Rente/Altersarmut**. Im Vergleich zu anderen, „urbaneren" Befragungen spielt das Thema Wohnraummangel kaum eine Rolle.
- **„Ausländer*innen/Zuwanderung"** stellten 2019 für die Befragten ein wichtiges Problemfeld dar, jedoch nicht im persönlichen Umfeld.

4.2 Zusammenleben in der Nachbarschaft

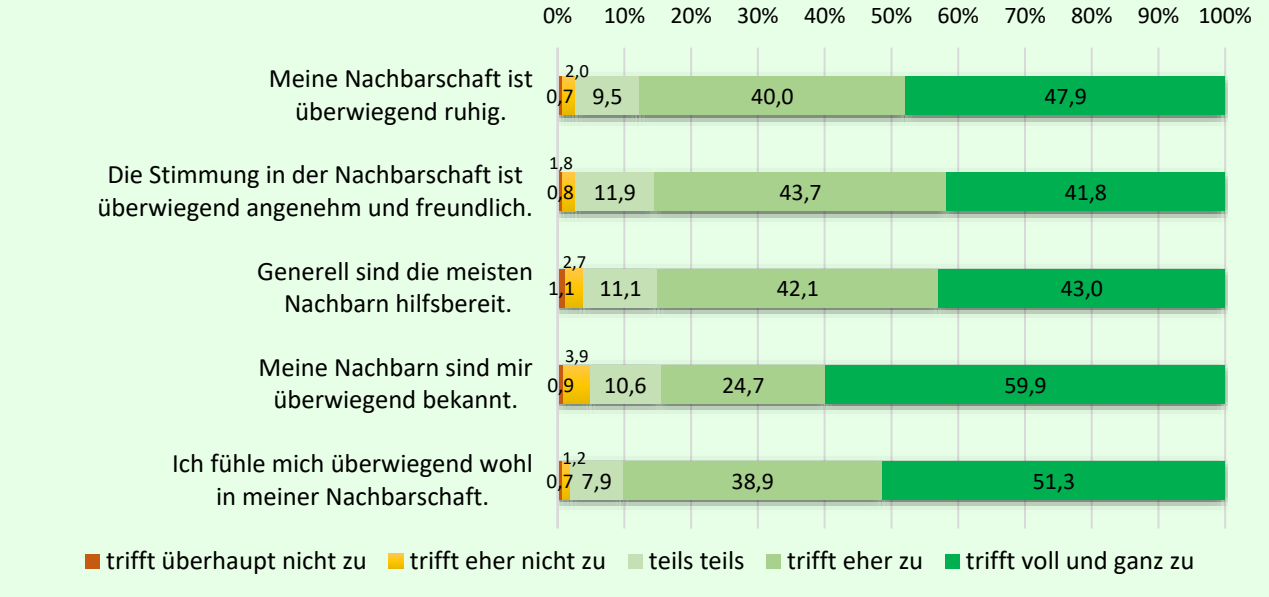
Wie in 4.1 bereits aufgezeigt, bestehen in den hier untersuchten ländlichen Regionen eine vergleichsweise lange Wohndauer und damit auch kontinuierliche direkte Nachbarschaftsbeziehungen. Diese können für die soziale Konstitution der Gesellschaft vor Ort eine Rolle spielen, was häufig auch unter Begriffen wie ‚Sozialkapital' und ‚sozialer Kohäsion' gefasst wird (Zetter et al. 2006: 23ff.), wie in Kapitel 2 bereits dargelegt wurde. Ziel dieses Teils der Befragung war es daher, im Sinne des Sozialkapitals auch die Konstitution der Nachbarschaften zu betrachten: Wie gestaltet sich das Zusammenleben? Kann tatsächlich von einer ‚sozialen Nähe' gesprochen werden, die ländlichen Regionen häufig zugesprochen wird (Rösch et al. 2020: 51 f.)? Und welche Erwartungen werden hiermit verbunden und an Neuzugezogene formuliert? Des Weiteren bleibt auch zu hinterfragen, ob im Vergleich mit anderen Befragungen hier ländliche Besonderheiten hervortreten.

In den vorliegenden Befragungen wurde die Erfassung dieser Fragestellungen mit der Begrifflichkeit der „Nachbarschaft" operationalisiert, die allgemeiner auf das direkte Wohnumfeld, also den sozialen Nahraum abzielt[14] – unabhängig davon, ob es sich um eine kleine Mittelstadt mit einzelnen Quartieren oder um ein sehr kleines Dorf handelt. Die in der Stadtsoziologie häufig verwendeten Begriffe „Stadtviertel" oder „Quartier" schienen demgegenüber hier nicht angemessen, da sie in dieser Form in vielen kleineren Kommunen nicht existieren, insbesondere nicht in kleinen Landgemeinden.

[14] Zum Begriff und der Funktion von Nachbarschaft s. auch Fromm/Rosenkranz (2019: 4 ff.).

Grundsätzlich lässt sich anmerken, dass viele Fragenkomplexe des sozialen Zusammenlebens eine hohe Antwortrate erzielt haben (bis zu 98,9 % der Befragten). Offensichtlich fiel den meisten Befragten die Einschätzung hierzu leicht. Wie Abbildung 16 verdeutlicht, wird das direkte **soziale Wohnumfeld in der Nachbarschaft** als größtenteils positiv wahrgenommen. Mehr als 90 % der Befragten stimmen der Aussage eher bzw. voll und ganz zu, dass sie sich in ihrer Nachbarschaft wohl fühlen und auch die Stimmung in der Nachbarschaft wird tendenziell positiv bewertet. Vergleichsdaten aus bundesweiten Befragungen in urbanen und ländlichen Regionen zeigen, dass die Zufriedenheit mit dem Leben in der eigenen Nachbarschaft oder Wohnort grundsätzlich auf einem hohen Niveau rangiert (z. B. Bangel et al. 2017; Sturm, Walter 2010). Auch in der vorliegenden Befragung finden wir keine signifikanten Unterschiede auf Grundlage der Kommunengröße zwischen kleinen Landgemeinden oder den Klein- bzw. Mittelstädten im Sample. Eine signifikante Variable hinsichtlich des Wohlfühlens in der Nachbarschaft ist jedoch die Wohndauer (r_s = .143 p < .01), die – wie zuvor bereits ausgeführt – besonders hohe Kontinuitäten aufweist. Die meisten Personen kennen ihre Nachbar*innen (59,9 % volle Zustimmung) und empfinden die Stimmung als freundlich und hilfsbereit. Für Neuzugezogene sehen sie überwiegend ein positives Klima.

Abbildung 16: Aussagen über die eigene Nachbarschaft (N=882-886, in gerundeten %-Angaben, ohne weiß nicht)

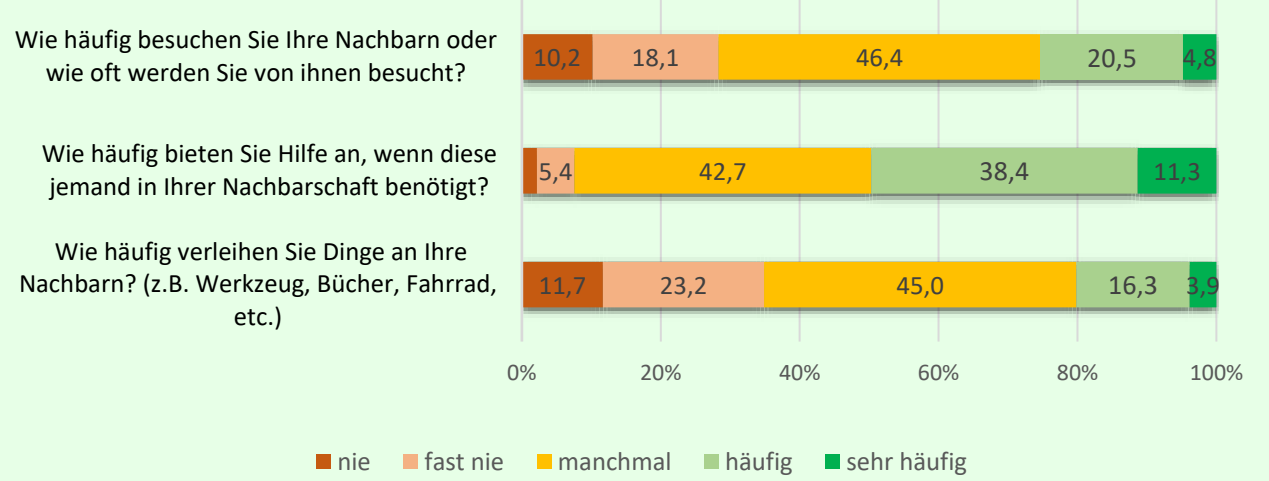


Quelle: Eigene Darstellung; Daten aus eigener Bevölkerungsbefragung 2019.

In Bezug auf den **Kontakt mit den eigenen Nachbar*innen** (s. Abb. 17) geben eine Mehrheit der Befragten an, regelmäßig in Kontakt miteinander zu stehen. 46,4 % der Befragten besuchen sich in der Nachbarschaft immerhin manchmal, etwa ein Viertel der Befragten sogar häufig (20,5 %) bis sehr häufig (4,8 %). Den Nachbarn die eigene Hilfe anzubieten stellt hierbei bei dem Großteil der Befragten eine selbstverständliche Handlung dar (42,7 % manchmal, 38,4 % häufig und 11,3 % sehr häufig). Die Mehrheit der Befragten verleiht mindestens manchmal Dinge an die Nachbarn. Mit steigender Einwohnerzahl nimmt in allen dieser Kategorien die Kontakthäufigkeit nur leicht

signifikant ab. Es besteht außerdem ein mittelstarker Zusammenhang zwischen dem Wohlfühlen in der eigenen Nachbarschaft und einem hohen Kontaktindex (r_s = .393, p < .01).

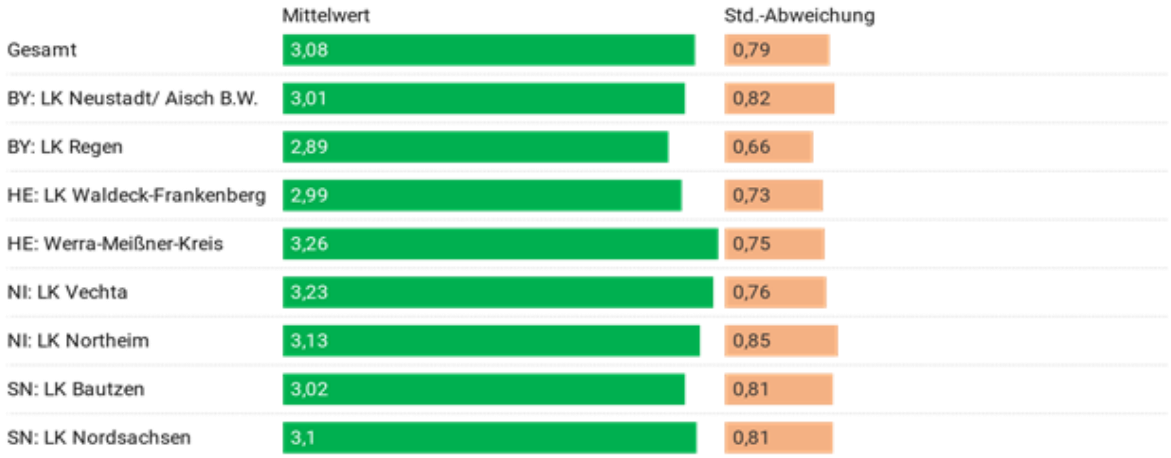
Abbildung 17: Kontakte mit Nachbarn (N= 873-894, in gerundeten %-Angaben)



Quelle: Eigene Darstellung; Daten aus eigener Bevölkerungsbefragung 2019.

Die o.g. Kontakte in den Nachbarschaften wurden pro Region in Mittelwerten dargestellt, wobei für alle Landkreise ein Mittelwert von 3,08 (1 nie bis 5 sehr häufig) ermittelt wurde (s. Abb. 18). Es lassen sich leichte Unterschiede zwischen den Landkreisen feststellen, die jedoch statistisch nicht signifikant sind. Insgesamt zeigt der in allen Landkreisen vorhandene Mittelwert um 3 an, dass es eher mehr als weniger nachbarschaftlichen Kontakt gibt. Den kleinsten Wert haben hier der Landkreis Regen sowie der Landkreis Waldeck-Frankenberg. Die regionalen Unterschiede in den Nachbarschaften und ihrem Kontakt zueinander scheinen daher weniger groß zu sein.

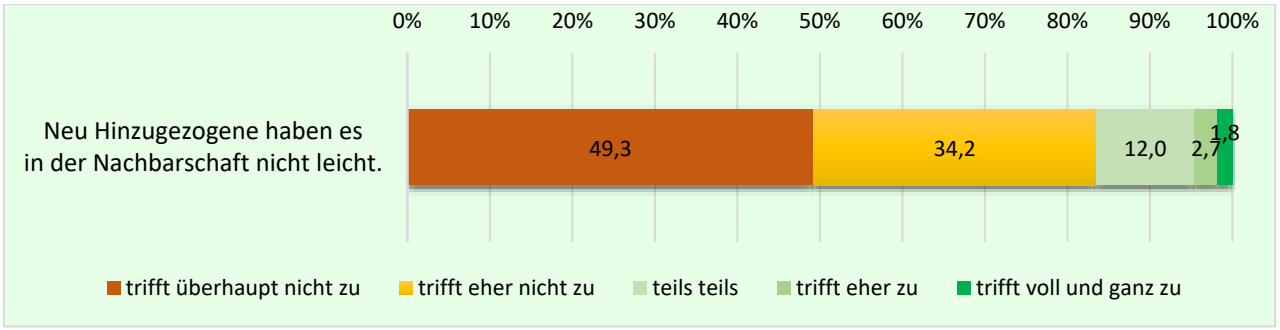
Abbildung 18: Kontakthäufigkeit in der Nachbarschaft nach Landkreisen (Mittelwert, 1 nie - 5 sehr häufig) nach Landkreisen (N=859)



Quelle: Daten aus eigener Bevölkerungsbefragung 2019; Abbildung erstellt mit datawrapper.

Zentral für unsere Befragung ist außerdem die Einstellung gegenüber Neuzugezogen in der eigenen Nachbarschaft: Welche Erwartungen werden an Neue gestellt? Ebenso war in der Befragung von Interesse, inwieweit die Personen selbst einschätzen können, wie divers ihre Nachbarschaft in Bezug auf die Migrationserfahrungen ihrer Bewohner*innen ist.

Abbildung 19: Aussagen über Nachbarschaft: Neuzugezogene (N= 809, in gerundeten %-Angaben, ohne weiß-nicht-Angaben)

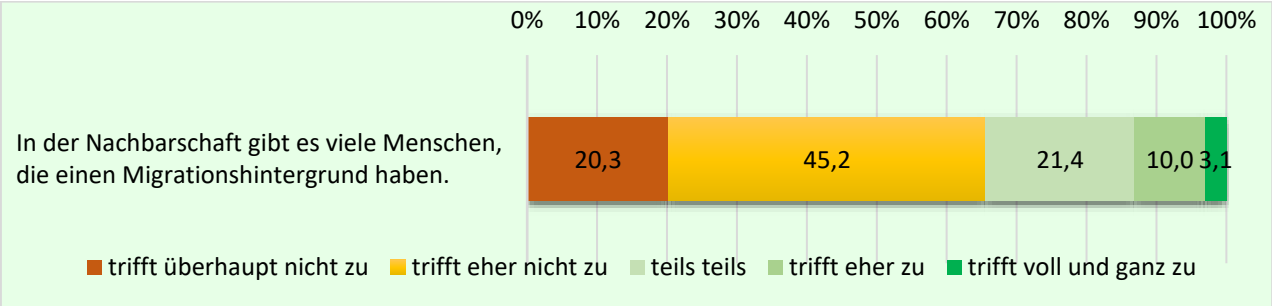


Quelle: Eigene Darstellung; Daten aus eigener Bevölkerungsbefragung 2019.

Wenn es um Neuzugezogene in der eigenen Nachbarschaft geht, glauben die meisten Befragten nicht, dass es die neuen Nachbar*innen „schwer haben“ (83,5 %, s. Abb.19), wenn sie neu in die Nachbarschaft ziehen. Lediglich 4,5 % der Befragten geben an, dass es Neuzugezogene (eher bzw. voll und ganz) schwer haben. Hier bleibt zu beachten, dass der überwiegende Anteil der Befragten (s. Kapitel 4.1) schon sehr lange im jeweiligen Wohnort lebt und die Perspektive von Neuzugezogenen möglicherweise kaum antizipieren kann.

Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund in der Nachbarschaft wird als eher gering eingeschätzt (s. Abb. 20). Diese Einschätzung deckt sich mit statistischen Annäherungen (z. B. im Landatlas), die in ländlichen Regionen einen weniger hohen Migrant*innenanteil bzw. Personen mit Migrationshintergrund angeben. Es zeigt sich außerdem, dass ein leichter Effekt zwischen steigender Wohnortgröße und Zustimmung zur Aussage in Abb. 18 gibt: Personen aus größeren Kommunen in der Befragung nehmen also auch häufiger an, dass Personen mit Migrationshintergrund in ihrer Nachbarschaft leben, was auch der Realität entsprechen dürfte (r_s = .135; p < .01).

Abbildung 20: Aussagen über die Nachbarschaft: Einschätzung Diversität (N= 875, in gerundeten %-Angaben, ohne weiß- nicht-Angaben)



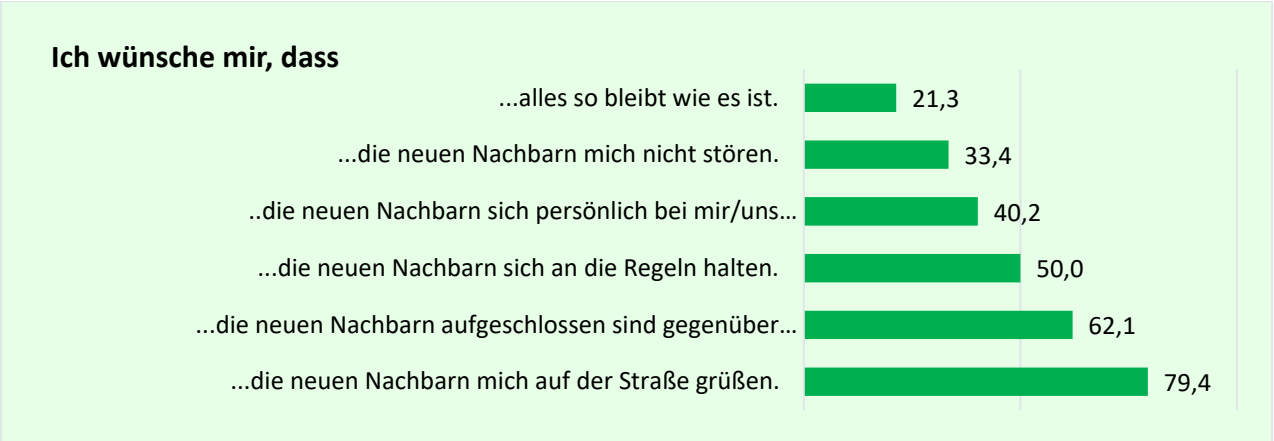
Quelle: Eigene Darstellung; Daten aus eigener Bevölkerungsbefragung 2019.

In Bezug auf die **Erwartungen an Neuzugezogene** (s. Abb. 21) im Allgemeinen geben 79,4 % der Befragten an, dass sie sich wünschen, dass die neuen Nachbar*innen auf der Straße grüßen – mit Abstand die Kategorie mit den meisten Zustimmungen. Weiterhin sollten die neuen Nachbar*innen für 62,1 % der Befragten gegenüber gemeinsamen Aktivitäten aufgeschlossen sein und 50 % wünschen sich, dass die Neuen sich an Regeln halten.[15] 40,2 % der Befragten wünschen sich, dass die Neuzugezogenen sich persönlich vorstellen. Eher weniger Zustimmung erfahren die Wünsche, dass die neuen Nachbar*innen nicht stören sollen (33,4 %) und alles so bleiben soll, wie es ist (21,3 %). Besonders hohe Erwartung an gemeinsame Aktivitäten lässt sich bei Personen mit viel Kontakten zu den Nachbar*innen erkennen.[16]

[15] Siehe hierzu auch Arant et al. 2017, die soziale Regeln als Teil des Zusammenhalts im Sinne einer Gemeinwohlorientierung verstehen.

[16] Signifikanter Zusammenhang zwischen Kontaktindex und Erwartungen an Aktivitäten (r_s = 0.332, p < .01).

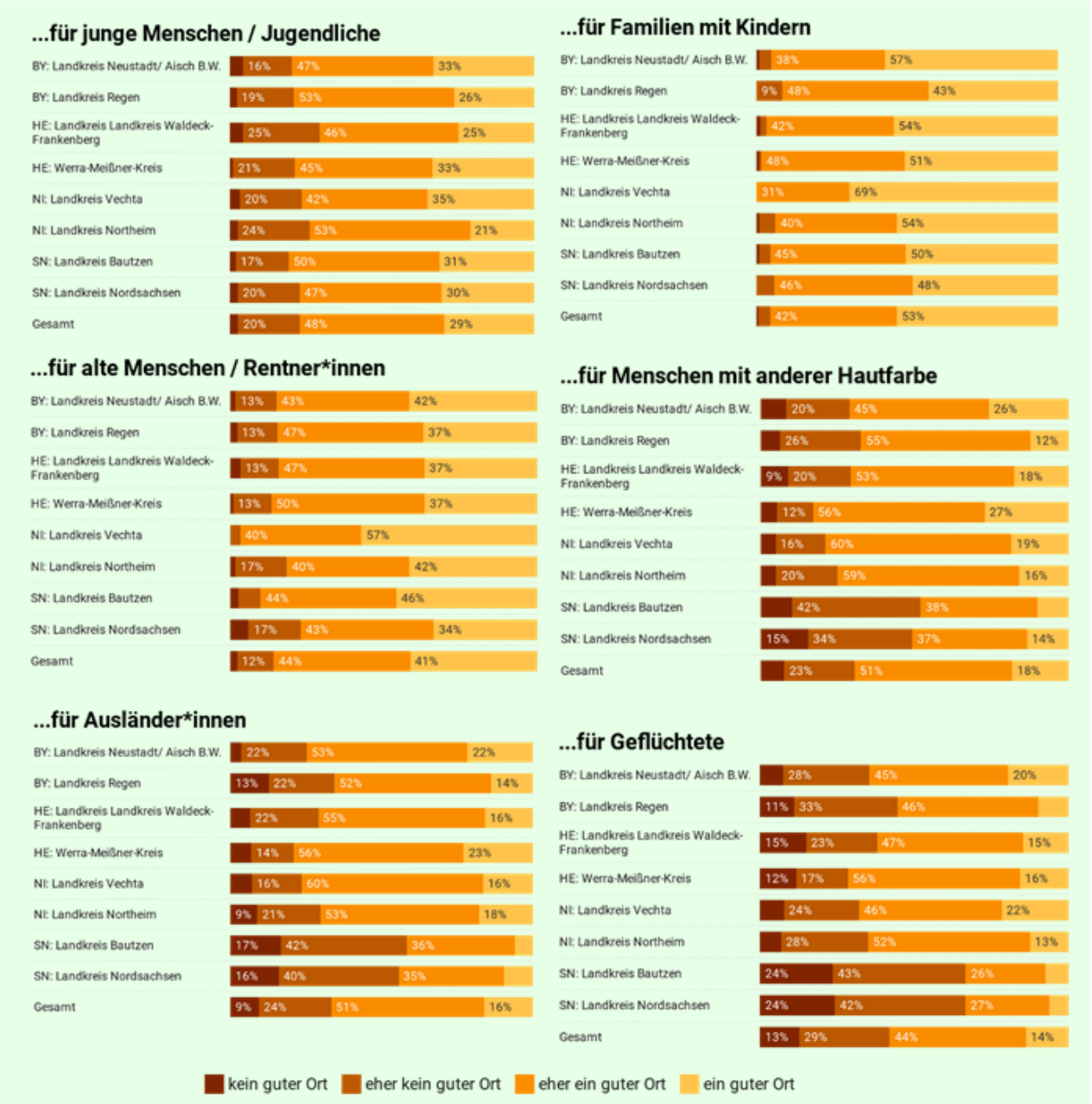
Abbildung 21: Erwartungen an Neuzugezogene in der eigenen Nachbarschaft (N=904, in gerundeten %-Angaben)



Quelle: Eigene Darstellung; Daten aus eigener Bevölkerungsbefragung 2019.

Im weiteren Verlauf des Fragebogens wurden die Befragten nach **Einschätzungen über ihren Wohnort** in Bezug auf spezielle Bewohner*innengruppen gefragt (s. Abb. 22): „Ist Ihr Wohnort ein guter Ort für…?“. Die Befragten gaben hierbei besonders häufig an, dass ihr Wohnort besonders geeignet für Familien mit Kindern (53 % „guter Ort“) sowie für alte Menschen/Rentner*innen ist (41 % „guter Ort“). Bei der Gruppe der Jugendlichen und jungen Erwachsene fallen die Meinungen geteilt aus: 29 % „guter Ort“ und 48 % „eher guter Ort“. Im Vergleich zu diesen Gruppen fallen die Einschätzungen für „Menschen mit einer anderen Hautfarbe“ (18 % „guter Ort“) und Ausländer*innen (16 % „guter Ort“) sehr viel zurückhaltender aus. Der eigene Wohnort wird im Durchschnitt für die Gruppe der Geflüchteten als am schlechtesten geeignet bewertet: Nur eine Minderheit von 14 % schätzen ihren Wohnort als einen guten Ort für Geflüchtete ein. Auch wenn diese Frage der Einschätzung des Wohnorts eine Beschreibung jenseits der eigenen Einstellung spiegeln könnte (z. B. man empfindet im eigenen Wohnort die Infrastruktur als nicht ausreichend oder die gesellschaftliche Stimmung als feindlich), korrelieren diese Aussagen stark mit der eigenen Einstellung gegenüber Geflüchteten sowie der politischen Einstellung: Personen, die Ausländer*innen eher ablehnend gegenüber eingestellt sind, sehen ihren Wohnort auch als weniger gut geeignet für die Aufnahme von Geflüchteten an.

Abbildung 22: Einschätzung des eigenen Wohnorts für einzelne Gruppen (N=686-847)



Datenquelle: Daten aus eigener Bevölkerungsbefragung 2019; Abbildungen erstellt mit datawrapper.

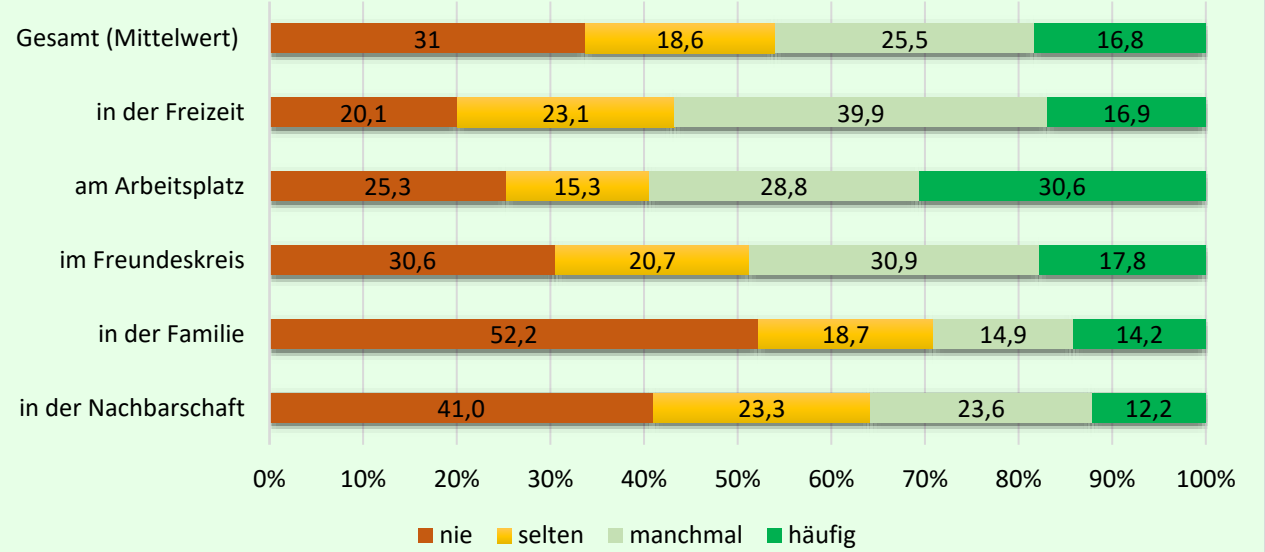
Anders als bei den oben dargestellten Fragen zum allgemeinen sozialen Klima (s. Kapitel 4.1), lassen sich bei dieser spezifischen gruppenbezogenen Frage[17] statistisch signifikante Unterschiede zwischen den Bundesländern und Landkreisen finden (s. Abb. 22). Hier fallen insbesondere die sächsischen Landkreise, mit einem Abstand auch die Landkreise Regen und Waldeck-Frankenberg, mit einer stärker ablehnenden Haltung auf. Einen signifikanten Einfluss haben hierfür ein höheres Alter sowie die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage. Die Kommunengröße spielt hingegen keine signifikante Rolle, ebenso wenig wie das Geschlecht der Befragten. Die Einschätzungen, ob der eigene Wohnort ein guter Ort für Ausländer*innen ist, fallen in einer ähnlichen Tendenz aus, jedoch zeigen sich die Befragten gegenüber Geflüchteten leicht ablehnender als allgemein gegenüber Ausländer*innen. Die Kommunengröße hat auch hier keinen statistischen Einfluss.

Die **Kontakthypothese** (Allport 1954) besagt, dass Vorurteile gegenüber Ausländer*innen vor allem durch positive Kontakterfahrungen abgebaut werden können. Durch strukturierte Kontakte zwischen „Vorurteilsträger*innen“ und Angehörigen der angefeindeten Bevölkerungsgruppen können sich, so Allport, Feindseligkeiten, Abwertungen und Vorurteile verändern. Dabei unterscheidet er zwischen Zufalls-, Nachbarschafts-, Berufs- und Freizeitkontakten. Die Annahme wurde bereits in zahlreichen Studien empirisch belegt. Vor allem konnte gezeigt werden, dass positiver Kontakt entscheidend ist, damit Vorurteile abgebaut werden können (Roos 2016: 254ff.; Pettigrew, Tropp 2006: 752; Rapp 2014: 156). Ein auffallendes Ergebnis in dieser Befragung ist, dass eine große Mehrheit der Befragten nie oder selten angenehme Erfahrungen mit Ausländer*innen in der Nachbarschaft bzw. im Familienkreis gemacht hat (ca. 64 bzw. 70,9 %) (s. Abb. 23). Positive Erfahrungen werden am ehesten (also manchmal oder häufig) am Arbeitsplatz gemacht. In der Freizeit (37 %) oder im Freundeskreis (28,7 %) sind diese Erfahrungen seltener, was darauf hindeutet, dass es auch grundsätzlich weniger Gelegenheiten gibt, im eigenen Umfeld auf Ausländer*innen zu treffen. Die fehlende Diversität in ländlichen Gemeinden ist als eine direkte Ursache für geringe positive Kontakterfahrungen anzusehen, die den Abbau von Vorurteilen fördern könnten.

Was die Einstellungen zum Kontakt mit Ausländer*innen betrifft, wird deutlich, dass zum einen weder bewusst Kontakt zu Ausländer*innen von der Mehrheit gesucht wird (78%) zum anderen aber auch nicht bewusst der Kontakt vermieden wird (73%). Auf das Antwort-Item, lieber nicht mit Ausländer*innen zu tun zu haben, reagierten fast zwei Drittel mit der Antwort, dass dies für sie nicht zutrifft. Der Effekt zwischen den Items „angenehme Erfahrungen in der Nachbarschaft“ und „am Arbeitsplatz“ und des aktiven Eigenhandelns „Kontakt bewusst zu suchen“ ist in dieser Befragung statistisch signifikant (r_s = .200; p < .01). Ebenso gibt es bei diesen Items einen negativen Zusammenhang, wenn es um das aktive Vermeiden von Kontakt mit Ausländer*innen geht (r_s = -.240; p < .01).

[17] Das Item „guter Ort“ ist jedoch differenziert zu betrachten: So kann auch eine Person mit offener, diversitätszugewandter Haltung ihren eigenen Wohnort als eher feindlich ggü. Geflüchteten einschätzen. Jedoch korreliert dieses Item hoch mit anderen Messwerten zugewanderter Einstellungen, so dass sich ein Antwortmuster bei Personen mit offenerer Haltung ggü. Zuwanderung finden lässt (eher „guter Ort“ statt „kein guter Ort“).

Abbildung 23: Kontakterfahrung mit Ausländer*innen („angenehme Kontakterfahrung“) (N=861-880, in gerundeten %-Angaben, ohne weiß nicht-Angaben)



Quelle: Eigene Darstellung; Daten aus eigener Bevölkerungsbefragung 2019.

Zusammenfassung: Zusammenleben in der Nachbarschaft

- In den Fragenkomplexen zum Zusammenleben in der Nachbarschaft waren die Befragten sehr auskunftsfreudig – es wurden überwiegend sehr hohe Antwortraten erreicht.
- Das soziale Wohnumfeld wird größtenteils sehr positiv bewertet. Ein signifikanter Zusammenhang ist hier mit einer längeren Wohndauer festzustellen.
- Die Befragten geben in der Mehrheit häufige Kontakte zu ihren Nachbar*innen an. Regional signifikante Unterschiede zeigen sich hier nicht.
- Die Einschätzung, ob der eigene Wohnort ein geeigneter Ort für verschiedene Gruppen ist, wird in Bezug auf die Gruppe der Geflüchteten zurückhaltender beantwortet. Hier bestehen regional besonders Bedenken in den sächsischen Landkreisen sowie im Landkreis Regen.
- Soziale Kontakte zu Ausländer*innen sind gering und werden meist nicht bewusst angestrebt. Dort, wo es jedoch positive Kontakterfahrungen gibt (überwiegend am Arbeitsplatz), ist eine größere Offenheit hinsichtlich des Kontakts mit Ausländer*innen zu erkennen.

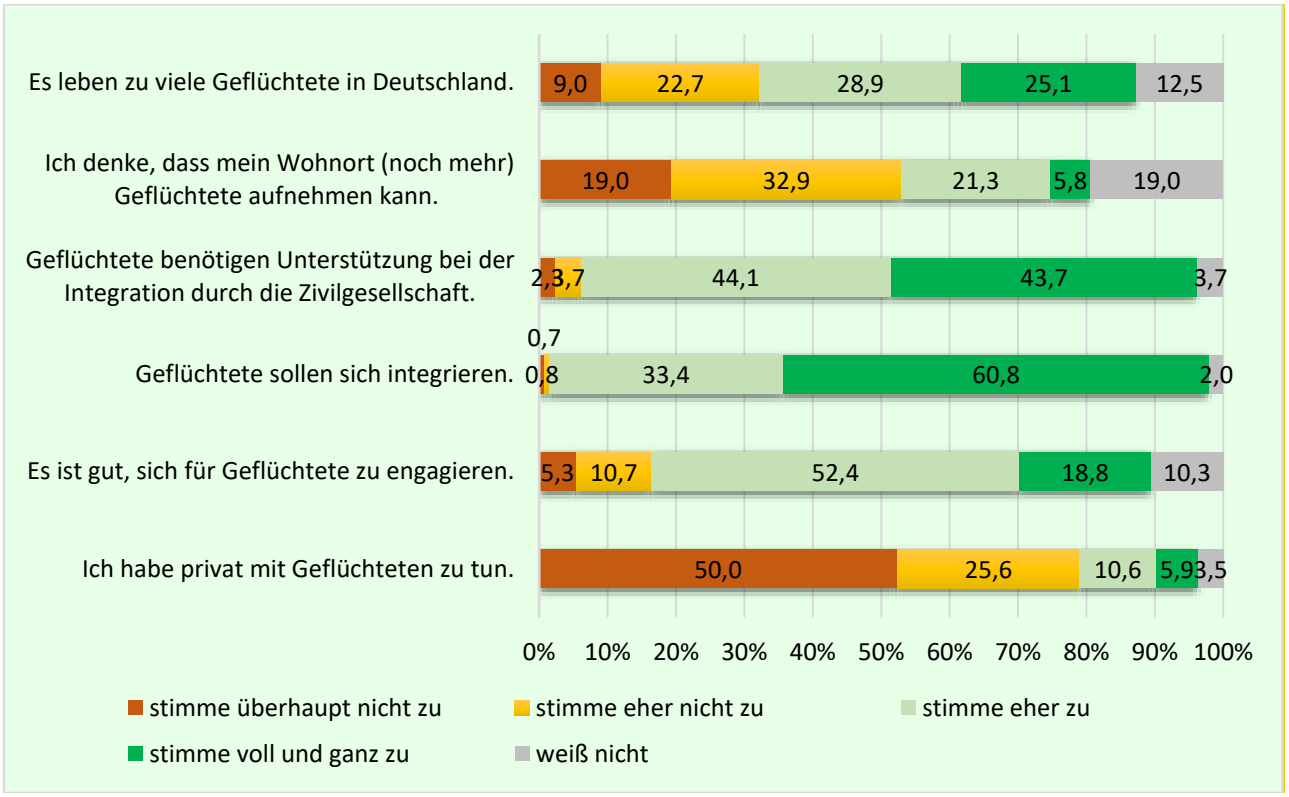
4.3 Aufnahme von Geflüchteten: Einstellungen gegenüber Neuzugewanderten

Ein zentraler weiterer Teil der Befragung stellt die Erfassung von Einstellungen gegenüber Migrant*innen, und im Speziellen Geflüchteten, in den Fokus. Grundlage hierfür ist die Annahme, dass die Einstellungen der Residenzbevölkerung relevante Faktoren für das Wohlbefinden von Geflüchteten und die Möglichkeiten zur Integration sind (Glorius et al. 2019: 21ff., Glorius et al. 2020: 3). Zwar münden zugewandte oder ablehnende Einstellungen nicht unbedingt in Handlungen, doch prägen sie gesellschaftliche Stimmungen und geben Auskunft über die lokalen Stimmungen der Bevölkerung. Gleichzeitig gibt es auch empirische Hinweise darauf, dass regionale oder lokale Faktoren diese Einstellungen prägen können (Czaika, Di Lillo 2018: 2469). Wie Schmidt et al. in aktuellen Berechnungen zeigen, gibt es Stadt-Land-Unterschiede[18] in den Einstellungen gegenüber Geflüchteten in Deutschland. Dabei „fallen [diese] in ländlichen Regionen durchweg signifikant skeptischer aus als in städtischen Räumen“ (Schmidt et al 2020: 595). In der vorliegenden Befragung ländlicher Bevölkerung im Rahmen des Projektes „Zukunft für Geflüchtete in ländlichen Regionen“ wurden verschiedene Indikatoren in diesem Themenfeld abgefragt: Es wurden gruppenbezogene Einstellungen zu Ausländer*innen und speziell auch Muslim*innen erfasst, da diese Gruppe einen großen Teil der Geflüchteten der vergangenen Jahre ausmacht. Zudem wurden Fragenkomplexe zur Integration von Geflüchteten sowie die Kontakterfahrung mit Ausländer*innen einbezogen. Dabei war es wichtig, neben den ablehnenden Einstellungsmustern auch die zugewandten Einstellungen zu erfassen.

Mit Blick auf die Einstellungen zu Geflüchteten (s. Abb. 24) ist ein sehr differenziertes Antwortverhalten erkennbar. Einigkeit besteht bei einem Großteil der Befragten darüber, dass sich Geflüchtete integrieren sollen – 60 % stimmen voll und ganz sowie 33,4 % eher zu. Zwar sind die meisten Befragten der Meinung, dass Geflüchtete Unterstützung bei der Integration durch die Zivilgesellschaft benötigen und stimmen mit 43,7 % voll und ganz sowie mit 44,1 % eher zu, dennoch ist eine niedrigere Zustimmung zu beobachten, als wenn es um die Integrationsleistung der Geflüchteten geht.

[18] Unter Nutzung der BBSR-Definition ländlicher Räume.

Abbildung 24: Aussagen zu Geflüchteten (N=864-883, in gerundeten %-Angaben)

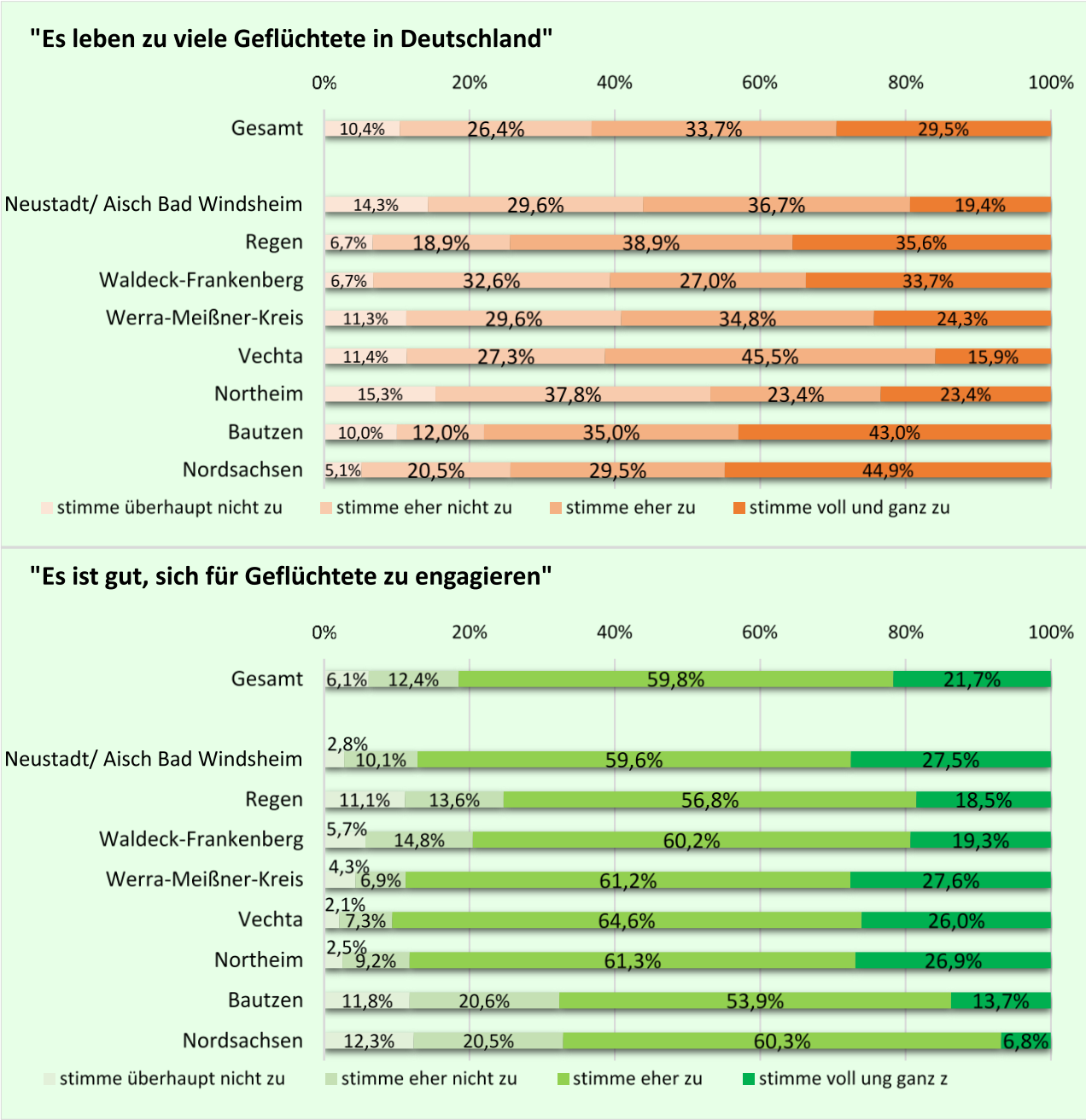


Quelle: Eigene Darstellung; Daten aus eigener Bevölkerungsbefragung 2019.

Zusätzlich wurden die Aussagen regional differenziert nach Landkreisen ausgewertet. Die Varianz zwischen den Regionen ist teils immens: Die Aussage „Es ist gut, sich für Geflüchtete zu engagieren“ unterstützen im Durchschnitt aller acht Landkreise 81,5 % aller Antwortenden, wobei Befragte in den Landkreisen Nordsachsen (67,6 %) und Bautzen (67,6 %) hier deutlich abweichen. Insgesamt zeigt sich ein statistisch signifikanter Zusammenhang zwischen dem Bundesland Sachsen und Tendenzen zu ablehnenden Einstellungsmustern, wie die Zustimmung zur Aussage „Es leben zu viele Geflüchtete in Deutschland“ zeigt (s. Abb. 25). Dies steht auch im Zusammenhang mit Erkenntnissen zur relativen Deprivation (s. Kapitel 4.1 und 5.1). Mehr ablehnende Haltungen messen wir bei vielen Aussagen außerdem im Landkreis Regen, die jedoch statistisch weniger signifikant sind.

Wie andere Befragungen zeigen, existieren gegenüber Geflüchteten und Asylbewerber*innen im Vergleich zu anderen Gruppen besonders viele Abwertungen und Vorbehalte (Decker et al. 2018: 106). Ein Phänomen, das derzeit vor allem in europäischen Ländern zu beobachten ist (Crawley et al. 2019). Wie schon die Frage-Items zur Einschätzung des eigenen Wohnorts als guter Ort (s. Abb. 22) für Geflüchtete und andere Gruppen zeigten, scheinen die Vorbehalte gegenüber Geflüchteten deutlicher zu sein, als gegenüber anderen Gruppen.

Abbildung 25: Zustimmung/Ablehnung gegenüber Geflüchteten (N=769, in gerundeten %-Angaben, ohne weiß-nicht Angaben)

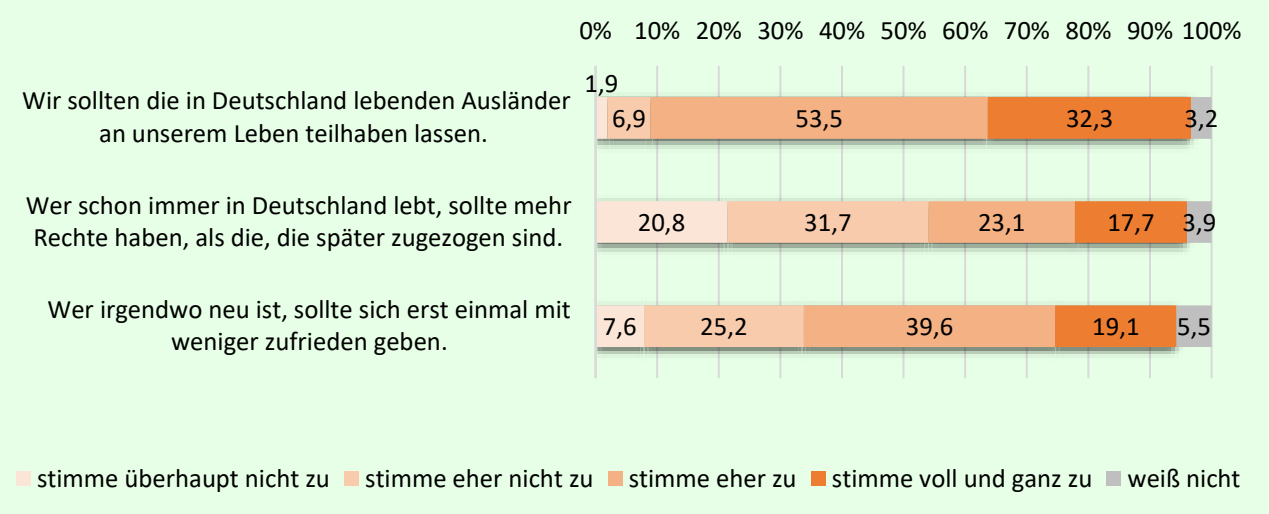


Quelle: Eigene Darstellungen; Daten aus eigener Bevölkerungsbefragung 2019.

Für die gruppenbezogenen Einstellungen wurden die Fragenkomplexe unter theoretischer Bezugnahme auf das Konzept der **Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF)** formuliert (Heitmeyer 2021), das erklärende Ansätze für ablehnende Haltungen (wie die Desintegrationstheorie, relative Deprivation, Anomie und Autoritarismus-Theorien) vereint. Das Konzept nimmt spezifische Einstellungsmuster gegenüber Gruppen in den Blick und versucht, ablehnende, hier „menschenfeindliche“, Einstellungen zu erklären. Die Einstellungen gegenüber anderen Gruppen werden von

einer Ideologie der Ungleichwertigkeit bei Individuen geprägt, die durch die Abwertung „schwacher Gruppen“ (z. B. „Ausländer“, „Menschen mit Behinderungen“) im Vergleich zur eigenen Person zum Ausdruck kommt (Heitmeyer et.al. 2008). In der Studie „Deutsche Zustände“ konnte empirisch belegt werden, dass Antworten von Menschen, die Desintegrationsängste aufweisen und sich von Krisen bedroht fühlen, signifikant höhere Fremdenfeindlichkeits-, Antisemitismus- und Rassismuswerte aufweisen (Heitmeyer 2012). Dies können beispielsweise Personen sein, die ihre eigene wirtschaftliche Lage als nicht gerecht einschätzen (s. Kapitel 2 mit den Erklärungen zur relativen Deprivation). Zudem bestehen "[hohe Zusammenhänge […] zwischen Muslimfeindlichkeit, Fremdenfeindlichkeit und Etabliertenvorrechten, das heißt wer zu Fremdenfeindlichkeit neigt, wertet mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit auch Muslime ab und fordert Vorrechte für Etablierte ein und umgekehrt" (Zick et al. 2016: 52). Dies ist insbesondere für die (mögliche) Integration von Geflüchteten (in der Zukunft) in ländlichen Regionen interessant.

Abbildung 26: Gruppenbezogene Aussagen: Ausländer*innen und Etabliertenvorrechte (in gerundeten %-Angaben, N= 828-855)



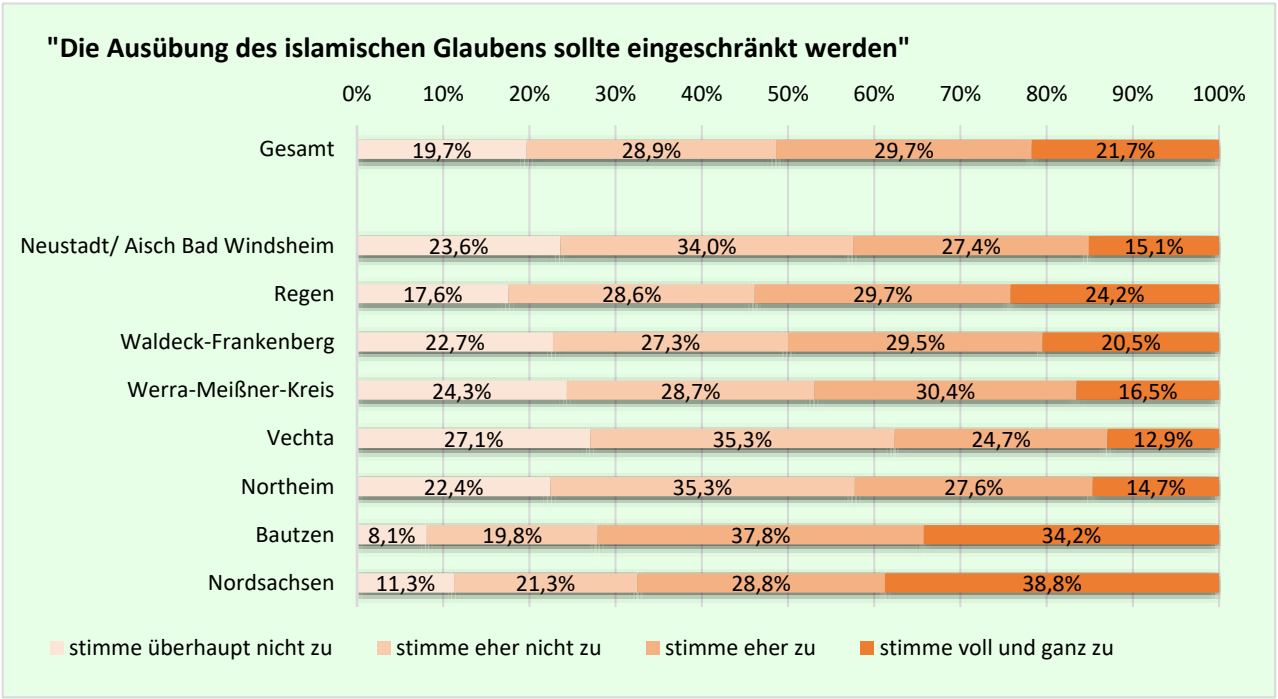
Quelle: Eigene Darstellung; Daten aus eigener Bevölkerungsbefragung 2019.

Abbildung 26 zeigt, dass die Bereitschaft, Ausländer*innen in Deutschland volle Teilhabe zu gewähren, bei den Befragten grundsätzlich eher hoch ist (85,8 % stimme eher oder voll und ganz zu). Jedoch werden Differenzierungen in Bezug auf die Dauer/Stärke von Zugehörigkeit gemacht: denn 40,8 % der Befragten stimmen eher oder voll und ganz der Aussage zu, dass dauerhaft in Deutschland Lebende mehr Rechte genießen sollen, als später Zugezogene, und 58,7 % (stimme eher/voll und ganz zu) meinen, dass Neue sich erst einmal mit weniger zufrieden geben sollten.

Besonders in Bezug auf neuzugezogene Geflüchtete kann der Indikator **Islamfeindlichkeit** einen wichtigen Hinweis auf die Toleranz gegenüber dieser Gruppe geben. Dieser wurde in der vorliegenden Befragung durch ein Item abgebildet, in welchem sich die Befragten zur Religionsausübung positionieren sollten (s. Abb. 27). Hier zeigt sich, dass immerhin eine leichte Mehrheit von 51,4 % der Befragten Religionseinschränkungen für Muslim*innen bejaht (stimme eher/voll und ganz zu).

Die Unterschiede zwischen den Landkreisen sind zwar signifikant, aber der Effekt ist nur gering (Cramers V= .151, p < 0,01). Hier fallen insbesondere die beiden sächsischen Landkreise mit einer größeren Ablehnung gegenüber dem islamischen Glauben auf: 72 % im Landkreis Bautzen und 67,6 % im Landkreis Nordsachsen, also deutlich mehr als die Hälfte der Befragten. Über alle Landkreise hinweg sind die Ablehnungsraten gegenüber dem Islam ebenfalls vergleichsweise hoch. 2016 wurden in der bundesweiten Bevölkerungsumfrage ALLBUS geringere Werte gemessen: dort stimmten auf einer Skala von 1-7 41,2 % mit den Werten 5-7 zu. Hingegen lehnten 44,0 % die Aussage mit den Werten 1-3 ab (ALLBUS 2016).[19]

Abbildung 27: Islamfeindlichkeit (N=798, in gerundeten %-Angaben, ohne weiß-nicht-Angaben)



Quelle: Eigene Darstellung; Daten aus eigener Bevölkerungsbefragung 2019.

Die Ergebnisse unserer Befragung zeigen dabei ein deutliches Bild, das die grundlegende These der Theorie zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit stützt: Ausnahmslos alle zehn abgefragten Indikatoren aus den Bereichen Ausländerfeindlichkeit, Etabliertenvorrechte und Muslimfeindlichkeit korrelieren stark signifikant miteinander – also sind Personen, die beispielsweise zurückhaltender gegenüber Neuzugezogenen antworten, tendenziell auch ablehnender gegenüber Muslim*innen eingestellt. Des Weiteren zeigt sich ein stark signifikanter Zusammenhang aller Indikatoren mit politischen Einstellungen: je weiter ‚rechts' eine Person sich positioniert, desto

[19] Siehe Kapitel 5.1 zur Diskussion der regionalen Effekte, insbesondere den Unterschieden der Ausprägungen der sächsischen Landkreise.

größer ist die Tendenz zu einer ablehnenden Einstellung. Eine weitere wichtige Zusammenhangsgröße stellt der Kontakt zu Ausländer*innen dar (s. Kapitel 5.3).

Zusammenfassung: Einstellungen gegenüber Neuzugewanderten

- Es bestätigt sich die Vorannahme, dass die Bevölkerung in unseren befragten ländlichen Regionen gegenüber der Zuwanderung von Geflüchteten eine eher zurückhaltende Einstellung vertritt. Dennoch wird von einer großen Mehrheit der Befragten die Zusage unterstützt, dass ein Engagement für Geflüchtete positiv zu bewerten ist.
- Die Annahmen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit bestätigen sich: Wer zu ablehnenden Haltungen neigt, wird tendenziell auch zu anderen Gruppierungen eher ablehnend eingestellt sein.
- Die Größe des Wohnortes (z. B. Landgemeinde vs. Mittelstadt) hat keinen oder nur einen sehr geringen Einfluss. Dagegen sind regionale Unterschiede zwischen den untersuchten Landkreisen sehr deutlich ausgeprägt.

5 Gesellschaftliche Integration in ländlichen Räumen: Zentrale Erkenntnisfelder

Wenn über das Zusammenleben der Bevölkerung in ländlichen Regionen gesprochen wird, ist häufig von einem persönlicheren Miteinander die Rede, beispielsweise von einem „jeder-kennt-jeden“-Effekt. „Die dörfliche Gemeinschaft, oft als Idealform menschlichen Zusammenlebens imaginiert, in der enge soziale Kontakte Geborgenheit und Sicherheit spenden,“ so fasst Neu (2019: 8) die idyllischen Vorstellungen zusammen. Diese „caring community“ (ibd.) könnte beispielsweise infrastrukturelle Nachteile ländlicher Räume ausgleichen. In Bezug auf die Integration von Geflüchteten werden die sozialen Potenziale des ‚Kümmerns umeinander‘ beschrieben, begründet auf funktionierenden Dorfstrukturen. Bezugnehmend auf die Integration von Geflüchteten wird diese romantisierte Vorstellung vom ‚guten Zusammenleben‘ in kleinen Dörfern als Integrationspotenzial gesehen (s. Aumüller, Gesemann 2014; Özer, Schwarze 2017; Berger, Glüsenkamp 2018; Brauns, Simons 2016). Diese Annahme führt aus zwei Gründen zu kurz:

- Empirisch lassen sich diese Zuschreibungen und idyllischen Vereinfachungen nicht pauschal bestätigen, denn sie werden der Heterogenität ländlicher Räume und ihrer sozialen Gemeinschaft nicht gerecht.
- Sie blenden häufig die Einstellungsmuster gegenüber Zuwanderung aus, beispielsweise Herausforderungen durch Rassismus. Und diese können in ländlichen Räumen spezifische Ausmaße annehmen, wie Forschungen auf der Basis von „critical whiteness“ (Bonnet 1997, Jackson 1998) und „rural racism“-Ansätzen (Chakraborti, Garland 2011) insbesondere in Bezug auf ländliche Regionen in den USA, Australien und dem Vereinigten Königreich zeigen (z. B. Bonds, Inwood 2015, Hubbard 2005, Neal 2002).

Gleichwohl ist auf Basis des Kenntnisstandes zu ländlichen Lebensverhältnissen[20] anzunehmen, dass die sozialräumlichen Gegebenheiten durchaus einen Unterschied machen können (z. B. Demographie, bürgerschaftliches Engagement). Dieser sollte jedoch differenziert betrachtet werden und es kann (mit einem lokalspezifischem Blick) nicht ohne weiteres von einer ländlichen Kommune auf eine andere geschlossen werden. Anzunehmen ist daher, dass nachbarschaftliches Zusammenleben anders ausgeprägt ist, als in stärker urbanen Gebieten. Dieses könnte, wie in Kapitel 2 bereits formuliert, das Sozialkapital einer Kommune stärken. Die Erkenntnis, dass die Bevölkerung in ländlichen Regionen ablehnender gegenüber Zuwanderung eingestellt ist (s. Kapitel 4.3), lässt jedoch die Frage aufwerfen, ob Zugewanderte gleichermaßen von der angenommenen besonderen Sozialstruktur ländlicher Gemeinschaften profitieren können.

Ziel der Befragung war es daher, Merkmale potenziellen Sozialkapitals der ländlichen Nachbarschaften in den befragten Kommunen sowie die Erwartungen an Neuzugewanderte zu erfassen.

[20] Das Thünen-Institut für ländliche Räume bietet hier eine Reihe an Publikationen aus empirischer Forschung an, beispielsweise Vogt et al. 2015.

Die Ergebnisse können Hinweise geben, wie sich die strukturellen Besonderheiten ländlicher Regionen auf die Entwicklung und Nutzung von Sozialkapital auswirken. Insgesamt bestätigen sich Annahmen aus bisherigen Forschungen in den meisten Bereichen (z. B. Zufriedenheit in der Wohnsituation, geringere Kontakterfahrung mit Migrant*innen), wobei auch ein regional differenzierter Blick auf die Daten nötig ist, wie Kapitel 4 aufgezeigt hat.

Im Folgenden soll noch einmal auf spezielle Erkenntnisfelder eingegangen werden, die sich aus den Befunden ergeben haben. Zum einen wird auf die Auffälligkeiten in Bezug auf die ländliche Struktur der Untersuchungsregionen eingegangen (5.1.). Des Weiteren werden noch einmal zwei deutliche Befunde in Bezug auf gesellschaftliches Zusammenleben diskutiert, nämlich die positiv evaluierte Rolle des sozialen Miteinanders und der Nachbarschaften (5.2) und der Einflussfaktor der geringeren Kontakterfahrung (5.3).

5.1 Ländliche Strukturmerkmale und regionale Einstellungsmuster

Dass regionale und lokale Faktoren Einstellungsmuster der Bevölkerung beeinflussen können, wurde bereits in Kapitel 4.3 dargelegt. In Bezug auf ländliche Regionen wird auch diskutiert, ob diese Unterschiede dem räumlichen Kontext oder einer Zusammensetzung beispielsweise von Nachbarschaften geschuldet sind (s. u. a. Maxwell 2019). Je nachdem, wie ländliche Räume definiert werden, oder welche demographischen Aspekte der Zusammensetzungen von Nachbarschaften hier beachtet werden, ist die Trennung von ‚räumlicher Kontext' (also beispielsweise große und kleine Kommunen) und ‚Zusammensetzung der Bevölkerung' nicht ohne weiteres möglich.

Besonders die offenen Befragungsteile zeigten, dass es spezifisch ländliche Herausforderungen für die Befragten in allen Regionen gibt; im Gegenzug sind bestimmte, eher ‚urbane' Problemlagen (z. B. Wohnungsnot) kaum vorzufinden. Ländliche strukturelle Probleme (z. B. Mobilität) könnten vor allem für die ältere Bevölkerung eine wachsende Rolle spielen, die mit zunehmendem Alter zwar tendenziell das Wohlfühlen in der Nachbarschaft weiterhin als positiv bewerten, aber auch signifikant weniger gerne in der Umgebung wohnen (r_s = .-.098, p > .01). Mit zunehmendem Alter zeigen sich auch stärkere Zustimmungswerte für einige ablehnende Einstellungsmuster (insbesondere in Bezug auf den Islam), jedoch nicht für alle Items. Generell kann festgestellt werden, dass alle Einstellungsmuster (zugewandte oder ablehnende Haltungen) gegenüber Neuzugewanderten in allen Regionen, Altersgruppen und Kommunengrößen vorzufinden sind.

Die Kommunengröße spielt zwar bei den Erwartungshaltungen gegenüber Neuzugezogenen eine gewisse Rolle, jedoch sind bei den allgemeinen Einstellungen gegenüber anderen Gruppen (z. B. Ausländerfeindlichkeit) keine signifikanten Unterschiede zu erkennen. Gleichzeitig bestehen weiterhin Potenziale, die vorliegenden Befragungsergebnisse weiter auszudifferenzieren und sozioökonomische Einflussfaktoren noch stärker zu identifizieren.

Hervorzuheben sind die sehr starken Ablehnungstendenzen in allen Landkreisen, wenn es speziell um Muslim*innen in Deutschland und den Islam als Religionsgemeinschaft geht. Dieser Befund könnte jedoch ein Effekt von Politisierungsmechanismen sein, die insbesondere in Bezug auf Muslim*innen in Deutschland in den vergangenen Jahren spürbar waren.[21] Die Forderung nach der Einschränkung der Ausübung des Islams in Deutschland wird hingegen in den sächsischen Landkreisen am stärksten vertreten. Um die Faktoren benennen zu können, die diese Einstellungen jeweils bedingen, sowohl wenn es um die Etabliertenvorrechte als auch um die Einstellungen gegenüber Ausländer*innen und Geflüchteten geht, sind weitere multivariate Verfahren notwendig.

Insgesamt lässt sich eine deutlichere Zurückhaltung gegenüber Geflüchteten konstatieren als in bundesweiten Befragungen (s. Kapitel 4.3), was auch andere Auswertungen (z. B. Schmidt et al. 2020) beschreiben. Spellerberg (2014) resümierte beispielsweise auf Datengrundlage des SOEP von 2008, dass „Ausdifferenzierung verschiedener Kulturen […] kaum statt [findet] auch weil Migranten zu wenig integriert werden. Auch die Teilnahme am sozialen Wandel wird in den homogenen Strukturen erschwert." (Spellerberg 2014: 229). Wie unsere Ergebnisse zeigen, gibt es starke Hinweise darauf, dass durch diese homogenen Strukturen, die sich beispielsweise durch beständige Nachbarschaften und einen geringen Migrant*innenanteil zeigen, interkulturelle Prozesse langsamer voranschreiten als in schnell wachsenden urbanen Wohnumfeldern. Tatsächlich muss auch betont werden, dass Geflüchtete die Gruppe in unserer Befragung waren, für die die Potenziale des eigenen Wohnortes am schwächsten eingeschätzt wurden („Ist Ihr Ort ein guter Ort für…", s. Abb. 22). Die Gruppe der Geflüchteten wird im Mittelwert mit 2,59 (Skala 1-4 kein guter Ort – guter Ort) bewertet, Ausländer*innen im Allgemeinen kommen auf 2,74 und Familien mit Kindern auf 3,48. Gleichzeitig zeigen die Ergebnisse aber auch, dass Prozesse gesellschaftlichen Wandels in Bezug auf Migration auch in ländlichen Regionen stattfinden: Ein gewisser Teil der Befragten hat bereits Kontakt mit Ausländer*innen, insbesondere auch im Arbeitskontext.

Wo der regionale Kontext besonders deutlich wird, ist im Bundesland Sachsen. Das ostdeutsche Bundesland, hier repräsentiert durch Stichproben aus acht Kommunen, unterscheidet sich in den Einstellungsmustern deutlich von den übrigen Untersuchungsgebieten – auch nach Prüfung klassischer Einflussfaktoren wie Geschlecht, Alter und Bildungsstand. Während sich die Sichtweisen auf Nachbarschaft und soziales Wohlfühlen kaum unterscheiden, gibt es signifikante Einstellungsunterschiede in Bezug auf andere soziale und ethnische Gruppen sowie im Gefühl der Ungleichwertigkeit. Des Weiteren zeigt sich ein hoher Wert relativer Deprivation: Während die wirtschaftliche Lage (s. Abb. 9) nur leicht schlechter eingeschätzt wird, wird der ‚eigene gerechte Anteil' deutlich signifikant geringer eingeschätzt: so geben im Durchschnitt aller acht Landkreise 51,2 % der Befragten an, ihren ‚gerechten Anteil' zu erhalten; in Sachsen jedoch nur 38,1 % der Befragten. Zu den Unterschieden in Einstellungen und polarisierenden Tendenzen in Sachsen existieren zahlreiche Abhandlungen, u. a. Pickel und Decker 2016, so dass die vorliegenden Ergebnisse erwartbar

[21] Zudem legen Befunde des Populismus-Barometers der Bertelsmann-Stiftung nahe, dass die Äußerung von populistischen Ansichten inzwischen als „sozial erwünscht" gelten könnte und damit das Antwortverhalten beeinflusst (vgl. Vehrkamp, Merkel 2018: 29f).

waren. Auch in aktuellen Untersuchungen, z. B. den Autoritarismusstudien (Decker et al. 2020), wird dieser Faktor betrachtet und es wird geringer Kontakt mit Migrant*innen als eine erklärende Variable angenommen. In unserer Befragung kommt noch die Ländlichkeit der Befragungsorte hinzu, wo weniger Kontakt mit Migrant*innen stattfinden, aber wo die sozioökonomischen Herausforderungen der Transformation noch stärker zu Buche schlagen: Fink et al. konstatieren in ihrem bundesweiten Disparitätenbericht beispielsweise, dass sich die meisten ländlichen Regionen Ostdeutschlands in einer „dauerhaften Strukturkrise“ (Fink et. al 2019: 10) befinden, etwa durch starke Abwanderungsprozesse. Eine Ausnahme stellen die Landkreise im Berliner Umland dar. Der Faktor der relativen Deprivation (also einem Gefühl der Ungleichwertigkeit) korreliert mit einer Reihe an ablehnenden Einstellungsfragen in den Ergebnissen dieser Befragung, beispielsweise der Aussage, dass zu viele Geflüchtete in Deutschland leben ($r_s = .329$, $p < .01$). Insbesondere wird ein Effekt der sächsischen Landkreise beim Themenfeld Islamfeindlichkeit gesehen, der auch in anderen Befragungen, z. B. Decker et al. 2020, genauer ausgeführt wird. Bei diesen Indikatoren ergeben sich auch bei den Befragten im Landkreis Regen signifikant ablehnendere Haltungen. Der niedersächsische Landkreis Vechta hingegen zeigt signifikant positivere Ergebnisse bei einigen Aussagen zu zugewandten Einstellungen. Eine Vermutung könnte hier der Ausländer*innenanteil bzw. längere Erfahrung mit Diversität sein, der zwischen den Kreisen stark divergiert: Der Landkreis Vechta hat einen Ausländer*innenanteil von 11,7 %, der Landkreis Regen 5,9 %, und die beiden sächsischen Landkreise lediglich 2 % (LK Bautzen) bzw. 3,7 % (LK Nordsachsen) (Stand 2017).[22]

5.2 Beständige Nachbarschaften und hohe Assimilationserwartungen

Eine BBSR-Umfrage aus dem Jahre 2010 stellte die These auf, dass die Wohnzufriedenheit und Lebensqualität grundsätzlich nicht nur von infrastrukturellen Faktoren abhängt und dass „die Mehrheit derer, die in eher ländlich geprägten Gebieten Deutschlands wohnen, genau dort leben wollen“ (Sturm, Walther 2010: 5). Dies wird auch durch die Ergebnisse unserer Befragung nahegelegt. Die Wohnkontinuität ist hoch, ebenso die allgemeine Zufriedenheit und das Wohlbefinden im sozialen Umfeld der Nachbarschaft, und zwar trotz schwankender Einschätzungswerte hinsichtlich der ländlichen Infrastruktur.[23] Hier lassen sich kleinere signifikante Zusammenhänge in Bezug auf das Alter der Befragten sowie auf die Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage erkennen. Darüber hinaus zeigen die Wohnsituation und die Zufriedenheit mit dem sozialen Klima einen höheren signifikanten Zusammenhang miteinander: Die Datenanalyse macht deutlich, dass in einem Haus wohnhafte Personen (egal ob zur Miete oder im Eigentum) höhere Zufriedenheitswerte aufweisen als Personen in einer Eigentums- oder Mietwohnung. Es lässt sich somit resümieren, dass sozialräumliche Faktoren die Wahrnehmung des sozialen Klimas in Nachbarschaften beeinflussen können. So positiv, wie sie von den Befragten evaluiert wurden (z. B. im Bereich des Kontaktes zueinander oder bei der Hilfsbereitschaft füreinander), könnte diese Form des Sozialkapitals positive

[22] Daten des Landatlas, abrufbar unter www.landatlas.de.

[23] Die Einschätzung zum sozialen Klima vor Ort ist statistisch unabhängig von Geschlecht und Familienstand und es zeigen sich nur gering signifikante Zusammenhänge mit der Region, in der die Befragten wohnhaft sind.

Ausgangsbedingungen für eine soziale Integration von Geflüchteten im Wohnquartier bieten. Sozialstrukturelle Unterschiede scheinen in der Befragung weniger Einfluss auf die Zufriedenheit zu haben (s. ähnliche Ergebnisse auch Fromm und Rosenkranz 2019). Ein anderer Aspekt, der die Integrationschancen von Geflüchteten betrifft, könnte die sog. ‚soziale Kontrolle' und die Erwartungshaltung sein, die in kleinen Kommunen existieren kann (u. a. Portes 1998: 16). Auch in unserer Befragung zeigte sich, dass die Kommunengröße leicht signifikanten Einfluss auf Erwartungshaltungen gegenüber Neuzugezogenen hat (mehr Erwartungen bei kleineren Kommunen). Insgesamt lassen sich assimilative Erwartungsmuster konstatieren, die allen Neuzugezogenen, also auch Geflüchteten, entgegengebracht werden. Das sog. ‚bonding capital' scheint also in großem Maße in den Nachbarschaften vorhanden zu sein. Herausfordernder könnte somit das brückenschlagende (‚bridging capital') Sozialkapital anderen Gruppen, z. B. Neuzugewanderten gegenüber, sein.

5.3 Kontakterfahrung als relevanter Faktor für Rezeptivität

Ein sehr auffälliges Ergebnis der Befragung ist die Ausprägung und der Einfluss der Kontakterfahrung der lokalen Bevölkerung mit Ausländer*innen. Wie die Abbildung 28 deutlich aufzeigt, korrelieren alle hier ausgewählten Einstellungen in Bezug auf Vielfaltstoleranz mit Aussagen der positiven Kontakterfahrung, die die Befragten bereits mit Ausländer*innen angegeben haben.[24] Wie in Kapitel 4.2 schon ausführlich dargestellt, hat die befragte Bevölkerung weniger Kontakt zu Ausländer*innen angegeben, als dies bei bundesweiten Befragungen erfasst wurde. Dies kann als ein spezifisch ländlicher Faktor angesehen werden.

Wie die Zusammenhänge mit den Einstellungsmustern gut aufzeigen, neigen jene Befragten in unserer Stichprobe, die positive Kontakterfahrungen zu Ausländer*innen haben, tendenziell zu toleranteren Einstellungsmustern. Es kann also angenommen werden, dass Kontakterfahrungen, die angenehm für die jeweilige Person sind, positivere Einstellungen gegenüber Neuzugezogenen fördern können. Die Zusammenhänge der Einstellungen der Befragten und Kontakterfahrungen in der Freizeit und in der Familie sind hierbei stärker als beispielsweise am Arbeitsplatz. Besonders eine angenehme Erfahrung im Kontakt in der Freizeit, also zumeist eine selbstgewählte Form, zeigt die höchsten Werte in den Korrelationen mit den zugewandten Einstellungen auf. Das Gleiche gilt für den Zusammenhang mit der Ablehnung fremdenfeindlicher Einstellungen.

[24] Dieser Zusammenhang wurde auch auf Einfluss von Alter und Geschlecht im Rahmen einer Regressionsanalyse geprüft, die jedoch ausschließlich bei den Aussagen zum Islam in Deutschland sehr kleine Einflussgrößen beim Alter und Geschlecht (männlich) aufzeigten.

Abbildung 28: Bivariate Korrelationen zw. Kontakterfahrung und Aussagen zur Vielfaltstoleranz

		Positive Kontakterfahrung				
Vielfaltsakzeptanz oder -ablehnung: ausgewählte Aussagen aus verschiedenen Fragekomplexen		in der Nachbarschaft	in der Familie	im Freundeskreis	am Arbeitsplatz	in der Freizeit
Zugewandte Einstellungen	Ich denke, dass mein Wohnort (noch mehr) Geflüchtete aufnehmen kann.	,253**	,264**	,313**	,240**	,363**
	Es ist gut, sich für Geflüchtete zu engagieren.	,225**	,227**	,302**	,185**	,296**
	Wir sollten die in Deutschland lebenden Ausländer an unserem Leben teilhaben lassen.	,230**	,185**	,299**	,199**	,301**
	Der Islam passt in die deutsche Gesellschaft.	,199**	,264**	,302**	,249**	,289**
Ablehnende Einstellungen	Es leben zu viele Geflüchtete in Deutschland.	-,260**	-,227**	-,319**	-,259**	-,326**
	Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.	-,219**	-,218**	-,314**	-,234**	-,306**
	Wenn ich die Wahl hätte, würde ich lieber nichts mit Ausländern zu tun haben.	-,307**	-,287**	-,423**	-,270**	-,424**
	Die Ausübung des islamischen Glaubens in Deutschland sollte eingeschränkt werden.	-,239**	-,235**	-,345**	-,242**	-,328**

Rangkorrelationskoeffizient nach Spearman, ** p < 0,01

Quelle: Eigene Darstellung; Daten aus eigener Bevölkerungsbefragung 2019.

In einer Analyse der IAB-BAMF-SOEP-Geflüchtetenstichprobe kommen Schmidt et al. 2020 zu dem Schluss, dass Geflüchtete in ländlichen Regionen mehr regelmäßigen freundschaftlichen Kontakt zu Deutschen angeben, als jene in urbanen Regionen. Auch der nachbarschaftliche Kontakt spielt hierbei eine Rolle (Schmidt et al. 2020). Wie bereits in Glorius et al. mit Ergebnissen dieses Verbundprojekts aufgezeigt, können solche nachbarschaftlichen Kontakte erste „starting point[s]“ (2020: 9) für die positiven Kontakterfahrungen sein, welche positive Einstellungen gegenüber Ausländer*innen bedingen können. Aus diesen Befunden kann geschlussfolgert werden, dass in der Tat durch die verstärkten Ausländerzuzüge in ländliche Ankunftsräume und die damit einhergehende höhere Kontaktwahrscheinlichkeit sich nach und nach tolerantere Einstellungsmuster in der Residenzbevölkerung ausbreiten, welche dazu führen können, dass die positiv evaluierten nachbarschaftlichen Verhältnisse (s. Kapitel 5.2) in ländlichen Gemeinden auch eine integrative Wirkung für Zugewanderte und Geflüchtete entfalten können.

6 Schlussfolgerungen

Diese Bevölkerungsbefragung im Rahmen des Verbundprojektes „Zukunft für Geflüchtete in ländlichen Regionen Deutschlands“ in 40 Kommunen kann einen Beitrag dazu leisten, sehr ländliche Regionen und ihre gesellschaftlichen Voraussetzungen für Integration besser zu verstehen. Die Einstellungsmuster der Bevölkerung spielen eine wichtige Rolle bei der Aufnahme von Geflüchteten, doch ihnen wird häufig zu wenig Beachtung geschenkt. Insgesamt lässt sich festhalten, dass – wie in urbanen Regionen auch – alle Formen von Einstellungsmustern und Zufriedenheit mit Leben in ländlichen Räumen in der Befragung dokumentiert werden konnten. Betont werden sollte jedoch auch, dass die ausgewählten Kommunen vornehmlich ‚sehr ländlich‘ eingestuft sind, so dass die vorliegenden Ergebnisse nur bedingt repräsentative Auskunft über alle ländlichen Regionen Deutschlands geben können. Dennoch bietet die Befragung einen Überblick über Hinweise zur Aufnahmefähigkeit und -bereitschaft (‚Rezeptivität‘) ländlicher Kommunen.

(1) Die Nachbarschaften in ländlichen Kommunen bieten Potenziale insbesondere in ihren positiv bewerteten Kontakthäufigkeiten zueinander und in der gesellschaftlichen Stimmung. Über dieses ‚bonding‘ Sozialkapital hinaus ist für eine integrative Stimmung auch das ‚bridging‘ Sozialkapital relevant: Hier könnten Geflüchtete durch die **hohen Erwartungen an Konformität** Herausforderungen in der gesellschaftlichen Integration erfahren.

(2) Die Kommunengröße hat bei den meisten Items zu zugewandten oder ablehnenden Einstellungsmustern keinen oder nur einen sehr kleinen Effekt. Personen, die wohnhaft in kleinen Dörfern sind, haben also demnach **nicht zwangsläufig ablehnendere Einstellungen** gegenüber Neuzugewanderten.

(3) Einstellungen gegenüber Geflüchteten und anderen Ausländer*innen sind deutlich reservierter als in bundesweiten Befragungen. Hier scheint sich insbesondere die vermutete geringere **Kontakterfahrung mit Ausländer*innen** in ländlichen Regionen eine besondere Rolle zu spielen. In der Befragung wurde ein deutlicher Zusammenhang von positiver Kontakterfahrung mit Ausländer*innen und offenen und toleranteren Haltungen nachgewiesen.

(4) Eine ländliche Spezifik wird außerdem insbesondere in **demographischen Problemlagen** deutlich, die auch von den Befragten benannt werden. Die Befragung zeigt Hinweise darauf, dass Demographie sich bei einigen Themen auch auf die Einstellung auswirkt: Zum Beispiel lässt sich insbesondere zu Muslim*innen eine größere Ablehnung bei steigendem Alter erkennen.

(5) Es lassen sich deutliche **Abweichungen in Einstellungsmustern in Bezug auf Regionen** erkennen. Hier stechen insb. die beiden sächsischen Landkreise mit häufigeren ablehnenden Haltungen heraus, die durch den Forschungsstand anderer Befragungen mit Ergebnis einer ostdeutschen Spezifik zu erwarten waren. Trotz der Erwartbarkeit dieser Ergebnisse ist zu betonen, dass in diesen Regionen die Mehrheit der Befragten Zuwanderung kritisch

gegenübersteht. Dies macht Integrationsprozesse von Geflüchteten zu einem sensiblen Themenfeld, da beispielsweise rechtsextreme Haltungen hier größere Resonanzräume finden.

Zusammenfassend ist festzustellen: Es gibt nicht ‚den einen' ländlichen Effekt auf Einstellungsmuster der Bevölkerung, vielmehr scheint es ein Zusammenwirken verschiedener Faktoren zu sein – beispielsweise regionale Besonderheiten, wie in Ostdeutschland, demographische Spezifika wie hohes Durchschnittsalter, sowie verschiedene Grade der Diversität durch vorangegangene Migrationen. Einzelne Erkenntnisse können durch weitere multi-methodische Ansätze, beispielsweise qualitative Befragungen regional validiert werden, wie etwa dem hier zugrunde liegenden Verbundprojekt. Die Befragung verdeutlicht, dass ländliche Besonderheiten weitere Aufmerksamkeit verdienen, zum Beispiel ob die Zuwanderung in ländlichen Räumen der vergangenen Jahre eine größere Toleranz und Akzeptanz befördert hat.

Literaturverzeichnis

Allport GW (1954) The Nature of Prejudice, Cambridge: Addison-Wesley, 537 p

Arant R, Dragolov G, Boehnke K (2017) Sozialer Zusammenhalt in Deutschland 2017, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung, zu finden in https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/ST-LW_Studie_Zusammenhalt_in_Deutschland_2017.pdf [zitiert am 02.02.21].

Arant R, Dragolov G, Gernig B, Boehnke K (2019) Zusammenhalt in Vielfalt. Das Vielfaltsbarometer 2019 der Robert Bosch Stiftung, Robert-Bosch-Stiftung GmbH, 120 p, zu finden in <https://www.bosch-stiftung.de/sites/default/files/publications/pdf/2019-03/Vielfaltsbarometer%202019_Studie%20Zusammenhalt%20in%20Vielfalt.pdf> [zitiert am 14.10.2019]

Arant R, Larsen M, Boehnke K (2017) Sozialer Zusammenhalt in Bremen, Bertelsmann Stiftung, 124 p, zu finden in <https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/Graue-Publikationen/Studie_LW_Sozialer_Zusammenhalt_in_Bremen_2016_01.pdf> [zitiert am 28.5.2018]

Asbrock F, Lemmer G, Becker JC, Koller J, Wagner U (2014) “Who Are These Foreigners Anyway?” The Content of the Term Foreigner and Its Impact on Prejudice. SAGE Open 4(2):215824401453281. doi: 10.1177/2158244014532819

Aumüller J, Daphi P, Biesenkamp C (2015) Die Aufnahme von Flüchtlingen in den Bundesländern und Kommunen - Behördliche Praxis und zivilgesellschaftliches Engagement: Teilhabe - Vernetzung - Engagement – Integration, Expertise, 182 S.

Aumüller J, Gesemann F (2016) Flüchtlinge aufs Land? Migration und Integration im ländlichen Raum, APuZ(46-47):29-34

Bangel C, Faigle P, Gortana F, Loos A, Mohr F, Speckmeier J, Stahnke J, Venohr S, Blickle P (2017): Stadt, Land, Vorurteil. In: DIE ZEIT, 12.09.2017, https://www.zeit.de/ feature/deutsche-356 bevoelkerung-stadt-land-unterschiede-vorurteile

Beckmann F, Hoose F, Schönauer A-L (2018) „Wir hatten bis jetzt auch erstaunlich wenig mit Nazis zu tun“. Gesellschaftliche Stimmungen und ihre Wahrnehmung in der Flüchtlingshilfe. In: Gottschalk I, Zajak S (eds) Flüchtlingshilfe als neues Engagementfeld, Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG: pp 23-51

Berger M a., Glüsenkamp J (2018) Integration im ländlichen Raum - interkommunale Kooperation im Coburger Land. In: Floeting H, Kirchhoff G., Scheller H a., Schneider J (eds.): Zuwanderung und Integration von Geflüchteten in Kommunen. Der lange Weg vom Ankommen zum Bleiben, Difu Impulse 1/2018. Berlin, 199–205

Blank T, Schwarzer S (1994) Ist die Gastarbeiterskala noch zeitgemäß?: Die Reformulierung einer ALLBUS-Skala; In: ZUMA Nachrichten, 18(34): pp 97-115

Bonds A, Inwood J (2015) Beyond white privilege: Geographies of white supremacy and settler colonialism, Progress in Human Geography 2015, 1-19, DOI: 10.1177/0309132515613166

Bonnet A (1997) Geography, ‘race’ and Whiteness: invisible traditions and current challenges, Area (1997) 29.3, 193-199

Braun R a, Simons H (2015) Familien aufs Land – Teil 2. Flüchtlinge kommen überwiegend als Familien und die sind in der Kleinstadt schneller integrierbar – der Staat muss deswegen lenkend eingreifen, empirica paper, Berlin, Bonn

Chakraborti N, Garland J (2011) Rural racism, Milton Park/New York: Routledge

Crawley H, Drinkwater S, Kausar R (2019) Attitudes towards asylum seekers: Understanding differences between rural and urban areas, Journal of Rural Studies, doi: 10.1016/j.jrurstud.2019.08.005

Czaika M, Di Lillo A (2018) The geography of anti-immigrant attitudes across Europe, 2002-2014, Journal of Ethnic and Migration Studies 44(15):2453-2479, doi: 10.1080/1369183X.2018.1427564

Decker O, Brähler E, Baier D (eds) (2018) Flucht ins Autoritäre: Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft, die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018, Psychosozial-Verlag, 254 p. Forschung Psychosozial (2020) Autoritäre Dynamiken: Alte Ressentiments – neue Radikalität, Giessen: Decker O, Brähler E

Destatis (2019) 5 Wohnen. In: Statistisches Jahrbuch 2019: Statistisches Bundesamt: p 163, zu finden in https://www.destatis.de/DE/Themen/Querschnitt/Jahrbuch/jb-wohnen.pdf?__blob=publicationFile [zitiert am 13.02.2021]

Destatis (2020) Bildungsstand: Bevölkerung im Alter von 15 Jahren und mehr nach allgemeinen und beruflichen Bildungsabschlüssen nach Jahren: Bevölkerung nach Bildungsabschlüssen in Deutschland: Statistisches Bundesamt, zu finden in https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Bildungsstand/Tabellen/bildungsabschluss.html [zitiert am 13.02.2021]

Diekmann A (2007) Empirische Sozialforschung: Grundlagen, Methoden, Anwendungen, 17. Aufl., Orig.-Ausg. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt-Taschenbuch-Verl., 639 p. rororo Rowohlts Enzyklopädie 55551

Dillmann DA, Smyth JD, Christian LM (2014) Internet, Phone, Mail and Mixed-Mode Surveys: The Tailord Design Method, 4. Aufl. Hoboken: NJ: Wiley

Economidou C, Karamanis D, Kechrinioti A, Xesfingi S (2020) The Role of Social Capital in Shaping Europeans' Immigration Sentiments, IZA Journal of Development and Migration 11(1), doi: 10.2478/iza-jodm-2020-0003

Fennelly K, Federico C (2008) Rural Residence as a Determinant of Attitudes Toward US Immigration Policy, Int Migr 46(1):151-190

Fink P, Hennicke M, Tiemann H (2019) Ungleiches Deutschland, Sozioökonomischer Disparitätenbericht 2019, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, 23 p

Forrest R, Kearns A (2001) Social Cohesion, Social Capital and the Neighbourhood, Urban Studies 38(12):2125-2143. doi: 10.1080/00420980120087081

Fromm S, Rosenkranz D (2019) Unterstützung in der Nachbarschaft: Struktur und Potenzial für gesellschaftliche Kohäsion, Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 180 p

Garcia CE, Davidson T (2013) Are Rural People more Anti-Immigrant than Urban People? A Comparison of Attitudes toward Immigration in the U.S. Journal of Rural Social Scientes: 80-105

Glorius B (2017) The challenge of diversity in rural regions: refugee reception in the German federal state of Saxony. In: Hungarian Geographical Bulletin Vol. 66 No. 2, Budapest: pp 113-128, DOI: 10.15201/hungeobull.66.2.2.

Glorius B, Bürer M, Schneider H (2019) Integration von Geflüchteten und die Rolle der Aufnahmegesellschaft: Konzeptionelle Überlegungen und ihre Anwendung auf ländliche Räume No. 120 Thünen Working Paper, Braunschweig: Thünen Institut

Glorius B, Kordel S, Weidinger T, Bürer M, Schneider H, Spenger D (2020) Is Social Contact with the Resident Population a Prerequisite of Well-Being and Place Attachment? The Case of Refugees in Rural Regions of Germany, Front. Sociol. 5, doi: 10.3389/fsoc.2020.578495

Harden SB, McDaniel PN, Smith HA, Zimmern E, Brown KE (2015) Speaking of Change in Charlotte, North Carolina: How Museums Can Shape Immigrant Receptivity in a Community Navigating Rapid Cultural Change, Museums & Social Issues 10(2):117-133, doi: 10.1179/1559689315Z.00000000039

Heitmeyer W (ed) (2008) Deutsche Zustände: Folge 6, 1. Aufl., Orig.-Ausg. Frankfurt am Main: Suhrkamp, Edition Suhrkamp

Hoffmeyer-Zlotnik JHP (2000) Der Einfluß der Region auf Einstellungen zu Ausländern. In: Alba R, Schmid P, Wasmer M (eds) Blickpunkt Gesellschaft 5. Deutsche und Ausländer: Freunde, Fremde oder Feinde? Empirische Befunde und theoretische Erklärungen, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag: pp 195-228

Hubbard P (2005) Accommodating otherness, Anti-asylum centre protest and the maintenance of white privilege, Transactions of the Institute of British Geographers 30: 52-65

Jackson P (1998) Constructions of ‘whiteness’ in the geographical imagination, Area 30(2): 99-106

Jacob R, Heinz A, Décieux JP (2013) Umfrage: Einführung in die Methoden der Umfrageforschung, 3. überarb. Aufl., München: Oldenbourg

Kleiner TM, Klärner A (2019) Bürgerschaftlichen Engagement in ländlichen Räumen: politische Hoffnungen, empirische Befunde und Forschungsbedarf, Thünen Working Paper No. 129, Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen Institut

Kühn K, Porst R (1999) Befragung alter und sehr alter Menschen: Besonderheiten, Schwierigkeiten und methodische Konsequenzen. Ein Literarturbericht, ZUMA-Arbeitsbericht 33/09, Mannheim: ZUMA, zu finden in https://www.gesis.org/fileadmin/upload/forschung/publikationen/gesis_reihen/zuma_arbeitsberichte/99_03.pdf [zitiert am 03.02.21]

Kühntopf S, Stedtfeld S (2013) Wenige junge Frauen im ländlichen Raum: Ursachen und Folgen der selektiven Abwanderung in Ostdeutschland, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, BiB Working Paper, zu finden in <https://www.demografie-portal.de/SharedDocs/Downloads/DE/Studien/Selektive_Abwanderung_Ostdeutschland.pdf?__blob=publicationFile&v=1

Küpper P (2016) Angrenzung und Typisierung ländlicher Räume, Thünen Working Paper No. 120, Braunschweig: Thünen Institut: p 53, zu finden in https://literatur.thuenen.de/digbib_extern/dn057783.pdf [zitiert am 27.08.2020]

Kurtenbach S (2018) Ausgrenzung Geflüchteter: Eine empirische Untersuchung am Beispiel Bautzen, Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 303 p

Landatlas (2020) Ausländische Bevölkerung, Braunschweig: Thünen-Institut für Ländliche Räume, zu finden in https://www.landatlas.de/ [zitiert am 03.02.2021]

Lichter D, Johnson K (2009) Immigrant gateways and Hispanic migration to new destinations, International Migration Review 43 (3): 496-518

Lockwood D (1964) Social Integration and System Integration. In: Zollschan GK, Hirsch, W. (eds) Explorations in Social Change, London, pp 244-257

Maxwell R (2019) Cosmopolitan Immigration Attitudes in Large European Cities: Contextual or Compositional Effects? Am Polit Sci Rev 113(2):456-474, doi: 10.1017/S0003055418000898

McAreavey R, Argent N (2018) New Immigration Destinations (NID) unravelling the challenges and opportunities for migrants and for host communities, Journal of Rural Studies, 64, 148-152, Journal of Rural Studies 64:148-152, doi: 10.1016/J.JRURSTUD.2018.09.006

Merton MK (1957) Social theory and social structure, New York: The Free Press: Glencoe, III

Neal S (2002) Rural landscapes, representations and racism: examining multicultural citizenship and policy-making in the English countryside, Ethnic and Racial Studies 25:442-461

Neu C (2016) Land und Ländlichkeit. Eine kritische Betrachtung, APuZ(46-47):4-9

Osigus T, Neumeier S, Mehl P (2019) Zukunft für Geflüchtete in ländlichen Regionen Deutschlands: Integrationsrelevante Rahmenbedingungen in den Untersuchungsregionen No. 135 Thünen Working Paper, Braunschweig: Thünen Institut

Özer C a, Schwarze A (2017) "Neue Nachbarn - Zusammenleben im ländlichen Raum". Expertise zu den Chancen und Handlungsansätzen für eine erfolgreiche Integration von Neueinwanderern in die ländlichen Räume Schleswig-Holsteins, Kiel

Pettigrew T, Christ O, Wagner U, Meertens RW, van Dick R, Zick A (2008) Relative Deprivation and Intergroup Prejudice, Journal of Social Issues(2 (64)): 385-401

Pickel G, Decker O (eds) (2016) Extremismus in Sachsen: Eine kritische Bestandsaufnahme, Leipzig: Edition Leipzig, 160 p

Porst R, Jers C (2007) Die ALLBUS-"Gastarbeiter-Frage": Zur Geschichte eines Standard-Instruments in der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS), Soziale Welt: Soz : Zeitschrift für sozialwissenschaftliche Forschung 58(2):145-161

Portes A (1998) Social Capital: Its Origins and Applications in Modern Sociology. Annual Review of Sociology 24(1):1-24, doi: 10.1146/annurev.soc.24.1.1

Putnam RD (1993 [2001]) The prosperous community: Social capital and public life. The American Prospect(4 (13)), zu finden in <https://prospect.org/infrastructure/prosperous-community-social-capital-public-life/>

Rapp C (2014) Toleranz gegenüber Immigranten in der Schweiz und in Europa: Empirische Analysen zum Bestand und den Entstehungsbedingungen im Vergleich, Wiesbaden: Springer VS, 29237 p, zu finden in <http://dx.doi.org/10.1007/978-3-658-05902-6>

Ray B, Morse A (2004) Building the new American community: Newcomer integration and inclusion experiences in non-traditional gateway cities. Sponsored by the Office of Refugee Resettlement, Washington, DC: Migration Policy Institute

Roos UM (2016) Migration und Integration in ländlichen Räumen am Beispiel der saarländischen Kreisstadt Merzig: eine empirische Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung der Erfahrungen und Sichtweisen von Personen mit Migrationshintergrund

Rösch T, Schneider H, Weber J, Worbs S (2020) Integration von Geflüchteten in ländlichen Räumen: Forschungsbericht 36, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 106 p

Runciman W G (1967) Relative deprivation and social justice. A study of attitudes to social inequality in twentieth-century England. Reports of the Institute of Community Studies 13, 2. Aufl. London: Routledge & Kegan Paul

Schmidt K, Jacobson J, Krieger M (2020) Soziale Integration Geflüchteter macht Fortschritte, DIW Wochenbericht(34):591-599, doi: 10.18723/DIW_WB:2020-34-1

Schnell R (1997) Nonresponse in Bevölkerungsumfragen: Ausmaß, Entwicklung und Ursachen, Opladen: Leske + Budrich

Schnell R (2012) Survey-Interviews: Methoden standardisierter Befragungen, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften Springer Fachmedien GmbH

Sørensen JFL (2016) Rural-Urban Differences in Bonding and Bridging Social Capital, Regional Studies 50(3):391-410. doi: 10.1080/00343404.2014.918945

Spellerberg A (2014) Was unterscheidet städtische und ländliche Lebensstile? In: Berger P, Keller C, Klärner A, Neef R (eds) Urbane Ungleichheiten, Sozialstrukturanalyse, Wiesbaden: Springer VS, Doi: 10.1007/978-3-658-01014-0_10

Sturm G, Walther A (2010) Landleben – Landlust?: Wie Menschen in Kleinstädten und Landgemeinden über ihr Lebensumfeld urteilen, Bonn: Bundesinst. für Bau- Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), BBSR-Berichte KOMPAKT 10/2010

Vehrkamp R, Merkel W (2018) Populismusbarometer 2018: Populistische Einstellungen bei Wählern und Nichtwählern in Deutschland 2018, hg. v. Bertelsmann Stiftung, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, 96 p, zu finden in <https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/ZD__Studie_Populismusbarometer_2018.pdf> [zitiert am 02.12.2018]

Vogt L, Biernatzki R, Kriszan M, Lorleberg W (2015) Ländliche Lebensverhältnisse im Wandel 1952, 1972, 1993, 2012: Vol. 1, Dörfer als Wohnstandorte, Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut, 87 p. Thünen Report 32, Vol. 1

Winders J (2012) Seeing Immigrants: Institutional Visibility and Immigrant Incorporation in New Immigrant Destinations. The annals of the American Academy Annals, AAPSS, 641

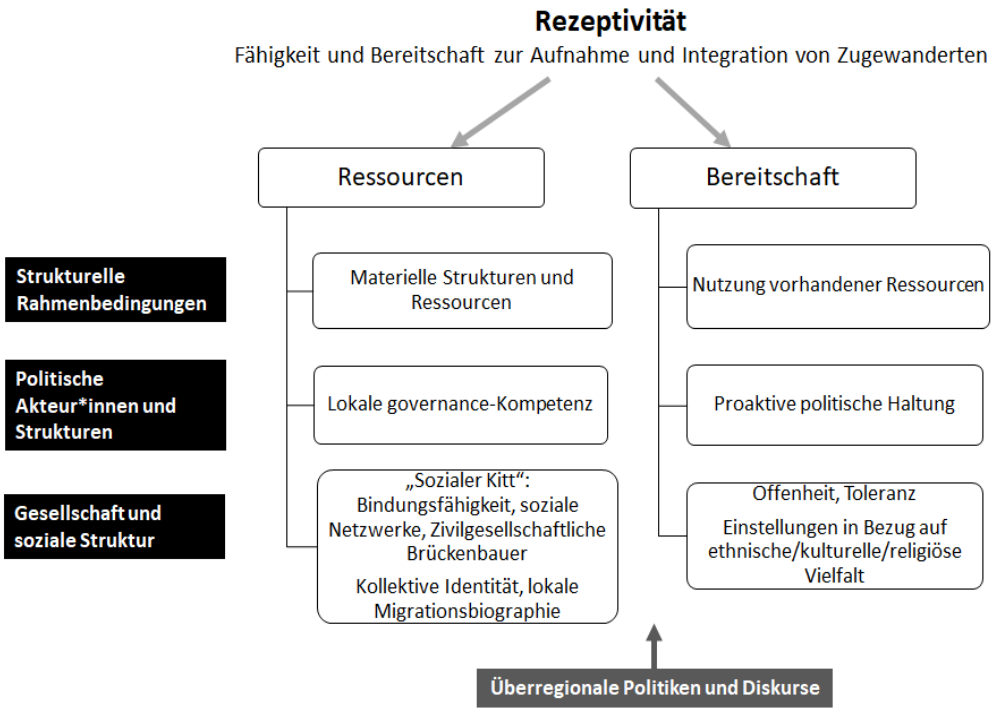
Yendell A, Decker O, Brähler E (2016): Wer unterstützt Pegida und was erklärt die Zustimmung zu den Zielen der Bewegung? In: Decker O, Kiess J, Brähler E (eds): Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland: die Leipziger "Mitte"-Studie 2016. Forschung Psychosozial, Gießen: Psychosozial-Verlag

Zetter R, Griffiths D, Sigona N (2006) Immigration, social cohesion and social capital: What are the links? York: Joseph Rowntree Foundation

Zick A, Küpper B, Krause D, Berghan W (2016) Gespaltene Mitte – feindselige Zustände: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016, Bonn: Dietz, 238 p

Anhänge

Anhang 1: Konzept der Rezeptivität



Quelle: Eigene Darstellung.

Anhang 2: Übersicht über die Untersuchungskommunen in der Befragung

Kommune	Verwaltungsform	EW
Bayern		
Neustadt a.d. A.-B.W.	Landkreis	
Bad Windsheim	Stadt (Mittelzentrum)	12.368
Burgbernheim	Stadt und Sitz der Verwaltungsgemeinschaft	3.244
Burghaslach	Gemeinde	2.529
Scheinfeld	Stadt und Sitz der Verwaltungsgemeinschaft	4.599
Uffenheim*	Stadt (Mittelzentrum)	6.413
Regen	Landkreis	
Bayerisch Eisenstein*	Gemeinde	1.025
Bodenmais	Gemeinde	3.459
Frauenau	Gemeinde	2.697
Regen	Kreisstadt (Mittelzentrum)	10.967
Teisnach	Gemeinde	2.936
Hessen		
Waldeck-Frankenberg	Landkreis	
Allendorf (Eder)	Verwaltungsgemeinde (Mittelzentrum)	5.626
Bad Wildungen	Stadt (Mittelzentrum)	16.980
Diemelstadt	Stadt	5.229
Lichtenfels*	Stadt	4.180
Willingen (Upland)	Gemeinde	6.061
Werra-Meißner-Kreis	Landkreis	
Berkatal*	Gemeinde	1.519
Sontra	Stadt (Mittelzentrum)	7.671
Wanfried	Stadt	4.151
Wehretal	Gemeinde	5.040
Witzenhausen	Stadt (Mittelzentrum)	15.092
Niedersachsen		
Northeim	Landkreis	
Bad Gandersheim	Stadt (Mittelzentrum)	9.765
Dassel	Stadt	9.620
Hardegsen*	Stadt	7.573
Moringen	Stadt	6.943
Uslar	Stadt (Mittelzentrum)	14.213
Vechta	Landkreis	
Bakum*	Gemeinde	6.417
Dinklage	Stadt	13.151
Goldenstedt	Gemeinde	9.864
Holdorf	Einheitsgemeinde	7.295
Neuenkirchen-Vörden	Gemeinde	8.705

Kommune	Verwaltungsform	EW
Sachsen		
Bautzen	Landkreis	
Bernsdorf	Stadt	6.533
Bischofswerda	Stadt	11.083
Kamenz	Stadt (gr. Kreisstadt)	15.153
Malschwitz*	Gemeinde	4.677
Sohland	Gemeinde	6.798
Nordsachsen	Landkreis	
Bad Düben	Stadt	7.930
Cavertitz*	Gemeinde	2.362
Laußig	Gemeinde	3.673
Torgau	Stadt (gr. Kreisstadt)	20.088
Wiedemar	Gemeinde	5.234

(*diese Gemeinden wurden ausschließlich in dieser Bevölkerungsbefragung befragt, sind jedoch kein Teil der qualitativen Forschung im Verbundprojekt; Auswahlkriterium hier war ein hoher Wert im Ländlichkeitsindex)

Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Zusammenstellung des Thünen-Instituts 2020 (Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Jahr 2018).

Anhang 3: Überblick über die Codierung der offenen Antworten

	Kategorie	Nennungen (beispielhaft)
1	Ausländer*innen, Zuwanderung	Ausländer*innen, Zuwanderung, Integration, Überfremdung, Kulturen, Islam, Clan-Kriminalität
2	Flüchtlinge, Flüchtlingspolitik	Flüchtlinge, Flüchtlingspolitik, Integration der Flüchtlinge, Asyl, Asylant*innen
3	Rassismus, Fremdenhass	Rassismus, Fremdenhass, Ausländer*innenhass, Antisemitismus
4	Gesellschaftliche Spaltung	Gesellschaftliche Spaltung, Egoismus, Ellenbogengesellschaft, Unzufriedenheit, Werteverlust, Gleichgültigkeit, Respektlosigkeit, Spaltung Ost-West
5	Soziale Ungleichheit	Soziale Ungleichheit, Spaltung Arm / Reich, Schere Arm/Reich, Verteilungsgerechtigkeit, Steuergerechtigkeit, Ungerechtigkeit, 3-Klassen-Gesellschaft
6	Rente, Altersarmut	Altersarmut, Rente, soziale Absicherung, Generationengerechtigkeit, finanzielle Absicherung
7	Zustand der Politik	Zustand der Politik, Lobbyismus, Volksferne, Bestechlichkeit, Zustand des politischen Establishments, Merkel, mangelhafte Transparenz
8	Rechtsruck	Rechtsruck, Populismus, rechte Gewalt, Radikalisierung, Entdemokratisierung, Rechtsextremismus, Fanatismus
9	Politik, Sonstiges	Politik, Zustand der Politik
10	Natur, Umweltschutz	Natur, Umweltschutz, Umweltpolitik, Klimawandel, Klimaschutz, Artensterben, Flächenfraß, Landwirtschaft, nachhaltige Entwicklung, Wolf
11	Gesundheit, Pflege, Ärztliche Versorgung	Gesundheit, Pflege, Ärztliche Versorgung, Ärzt*innenmangel (auf dem Lande)
12	Wohnen	Wohnen, Wohnungsnot, Mieten, Immobilienspekulation
13	Bildung	Bildung, Erziehung, Schule, Lehrer*innenmangel, Qualität der Schule, Zersplitterung des Bildungssystems, falsche Prioritäten in der Bildung, Unterfinanzierung von Schulen
14	Arbeit	Arbeit, Arbeitslosigkeit, hohe Belastung am Arbeitsplatz, Lohngerechtigkeit, Handwerk bzw. Pflege zu schlecht entlohnt
15	Mobilität	Mobilität, ÖPNV, Preise für Fahrkarten, Zustand der Straßen, Tempolimit
16	Finanzen/Steuern/Preise	finanzielle Schwierigkeiten, Teuerung, Steuergerechtigkeit, hohe Steuern, hohe Energiekosten
17	Wirtschaftspolitik/Kapitalismus/Neoliberalismus	Wirtschaftspolitik, Kapitalismus, Neoliberalismus, Finanzpolitik, Wirtschaftspolitik, Einfluss von Großkonzernen, Vernachlässigung der KMU, Globalisierung, Einfluss globalen Kapitals, Ausverkauf von Firmen
18	Fachkräftemangel	Fachkräftemangel
19a	Familienpolitik/Kinderbetreuung	Familienpolitik/Kinderbetreuung, Work-Life-Balance, Stress
19b[25]	Work-Life-Balance	Vereinbarkeit Beruf und Familie, lange Arbeitszeiten und langes Pendeln, Kinderbetreuung
20a	Demographischer Wandel	Demographischer Wandel, Alterung, Kindermangel, Schrumpfung, Rückbau
20b	Zukunftssorgen	Leben im Alter, Sorge um Zukunft der Kinder/Enkel, Versorgungssicherheit in der ländlichen Gemeinde, Altern auf dem Lande
21	Digitalisierung/Infrastruktur/Zukunftsfähigkeit	Digitalisierung, technischer Fortschritt, Zukunftsfähigkeit, Infrastruktur
22	Bürokratie/Gesetze/staatliche Effizienz	Zu viel Regulierung/Bürokratie/Gesetze, mangelnde staatliche Effizienz, Verschwendung von Steuergeldern
23	Innere Sicherheit/starker Staat	Staatliche Durchsetzung, Sicherheit, Ordnung, Kriminalität, Terrorismus

[25] Die „b“ Varianten der Codes in Kategorie 19 und 20 wurden für die Frage nach „persönlichen Problemen“ verwendet, während die „a“ Variante in der Codierung der Aussagen zur Lage in Deutschland genutzt wurde.

	Kategorie	Nennungen (beispielhaft)
24	Außen- und Friedenspolitik	Brexit, Amerikapolitik, Osteuropa-Politik, Europapolitik, Bedeutung Europas, Bedeutung Deutschlands in der Welt, Frieden, Aufrüstung, Waffenverkäufe
25	Chancengleichheit	Chancengleichheit für Frauen/Ausländer*innen, Bevorzugung einzelner Gruppen
26	Religiöse Einflüsse	Einfluss von Religionen, Amerikanismen, Kulturen
27	Disparitäten Stadt-Land	Vernachlässigung ländlicher Raum, Stadt-Land-Gegensatz
90	Sonstiges	

Quelle: Eigene Darstellung; Kategorien erstellt aus eigener Bevölkerungsbefragung 2019.

Bibliografische Information:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikationen in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter www.dnb.de abrufbar.

Bibliographic information:
The Deutsche Nationalbibliothek (German National Library) lists this publication in the German National Bibliographie; detailed bibliographic data is available on the Internet at www.dnb.de

Bereits in dieser Reihe erschienene Bände finden Sie im Internet unter www.thuenen.de

Volumes already published in this series are available on the Internet at www.thuenen.de

Zitationsvorschlag – *Suggested source citation:*
Schneider H, Bürer M, Glorius B (2021) Gesellschaftliche Einstellungen in ländlichen Räumen gegenüber Neuzugewanderten: Befragungsergebnisse und regionale Spezifika - Verbundprojekt "Zukunft für Geflüchtete in ländlichen Regionen Deutschlands". Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut, 68 p, Thünen Working Paper 174, DOI:10.3220/WP1619426837000

Die Verantwortung für die Inhalte liegt bei den jeweiligen Verfassern bzw. Verfasserinnen.

The respective authors are responsible for the content of their publications.

THÜNEN

Thünen Working Paper 174

Herausgeber/Redaktionsanschrift – *Editor/address*
Johann Heinrich von Thünen-Institut
Bundesallee 50
38116 Braunschweig
Germany

thuenen-working-paper@thuenen.de
www.thuenen.de

DOI:10.3220/WP1619426837000
urn:nbn:de:gbv:253-202104-dn063575-1